

Palästina Journal

Ausgabe 11 · Dezember 2016
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

50 Jahre Besatzung

50 Jahre israelische Besatzung – Die Nakba geht weiter

Interview

mit dem Jenaer Oberbürgermeister

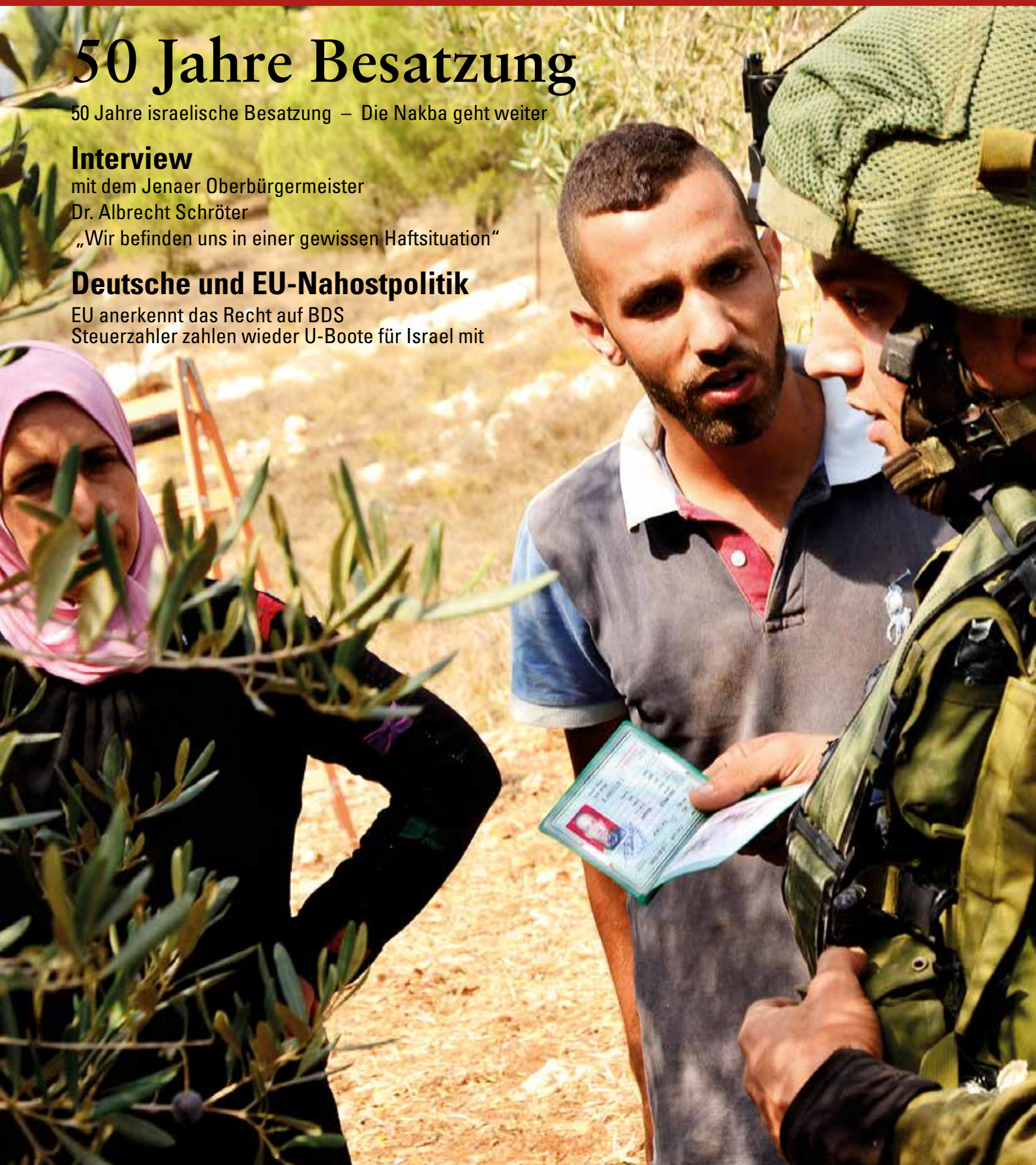
Dr. Albrecht Schröter

„Wir befinden uns in einer gewissen Haftsituation“

Deutsche und EU-Nahostpolitik

EU anerkennt das Recht auf BDS

Steuerzahler zahlen wieder U-Boote für Israel mit



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de

Redaktion

Martin Breidert (Bad Honnef)
Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Druckhaus  **Köhler**
Harsum GmbH

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2016 einmal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Soldat: „Das ist mein Land!“

Ein israelischer Soldat erklärt einer palästinensischen Familie, die gerade ihre Oliven geerntet hatte, sie hätte um Erlaubnis fragen müssen, ob sie denn ernten dürfe. Der Soldat antwortete gegenüber dem CPT-Freiwilligen, der ihn nach seiner uneingeladenen und bewaffneten Anwesenheit fragte: „Das ist mein Land und das ist mein Gewehr.“ (22. Oktober 2016)

FOTO // CHRISTIAN PEACEMAKER
TEAMS HEBRON (CPT)

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 11 · Dezember 2016



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Mauerbau / 1000 Kinder verhaftet / Besatzung / Keine Wahlen / Hauszerstörungen / Gazakrieg vor Internationalem Strafgerichtshof
- 06 Schwerpunkt Besatzung //** 50 Jahre israelische Besatzung – Die Nakba geht weiter
- 08 Schwerpunkt Besatzung //** Aus Webseiten der Parteistiftungen
- 09 Außensicht //** Israelische und jüdische Kulturschaffende gegen Zensur / Botschafterin weist Hetz-Kampagnen zurück
- 10 Aktivitäten //** Liste veränderter Palästina-Veranstaltungen // Erinnerung an Rupert Neudeck / Filistina / DPG-Palästina-Tagung 2017 / Protest gegen Kongress des Jüdischen Nationalfonds in Köln
- 12 Schwerpunkt Besatzung //** „Wir befinden uns in einer gewissen Haftsituation“ – Interview mit dem Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter
- 14 Deutsche und EU-Nahostpolitik //** Ressourcen gehören Palästina / Bundeswehr kauft israelische Drohnen / Steuerzahler bezahlen neue U-Boote für Israel mit / Auswärtiges Amt kritisiert Siedlungsbau / EuGH will Hamas von EU-Terrorliste streichen / EU anerkennt das Recht auf BDS
- 16 Weltweite Solidarität //** Unfrieden bei anhaltender Besatzung – Reise-Eindrücke im September 2016 / Keine Kriminalisierung der BDS-Bewegung / Weltkirchenrat zu 50 Jahre Besatzung / Frauenboot nach Gaza / Protest gegen Siedler-Fußball / Friedensuhr für Mitri Raheb / Solidarität mit Abdalla Abu Rahma / Frauen marschieren für Frieden / Israel retten / Ausladung von Hedy Epstein / „Whitewash“ Protokoll / Solidarität mit Hebron / Gaza-Hilfe für Israel? / Apartheid-freie Städte / Gegen Todesstrafe / BNC verurteilt Gründung einer Abschiebe-Task Force / Methodisten deinvestieren / Kritik an New York Times / Unternehmen sollen Zusammenarbeit mit Siedlungen beenden / JNF in Siedlungen tätig
- 21 Bücher und Filme //** Im Land der Verzweiflung / Freedom Bus 2016 / Das Recht der Macht (The Law In These Parts) / Even though my land is burning / Frühstück mit der Drohne
- 22 Poesie //** Brief einer Palästinenserin an Euch, die auf der Seite Palästinas sind
- 23 Projekthilfe //** Lassen Sie die palästinensischen Flüchtlingskinder im Libanon nicht allein!
- 24 Kunst //** Seehafen von Gaza © Atelier Gaza

Liebe Leserinnen und Leser,

über die vielen positiven Rückmeldungen auf das letzte Palästina Journal (Nr. 10) haben wir uns sehr gefreut. In dieser Ausgabe möchten wir aufzeigen, was getan werden kann und muss, damit es nicht zu weiteren 50 Jahren israelischer Besatzung kommt. Wir hoffen, dass es uns wieder gelungen ist, ein gutes und informatives Journal zusammenzustellen.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

FOTO // RÖM



Mauerbau in Ost-Jerusalem im Jahr 2004.

STOCKENDER MAUERBAU

Seit 2007 sind nach UN-Angaben nur noch 47 Kilometer der Mauer gebaut worden. Damit würden immer noch 250 Kilometer der 790 Kilometer langen Strecke fehlen. Der Grund dafür ist vor allem die Rücksichtnahme auf den beabsichtigten Siedlungsbau im E1-Gebiet bei Maale Adumin. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat derweil angekündigt, um „ganz Israel“, am Jordan und auf dem Golan eine Mauer zu bauen. Oppositionsführer Herzog fordert, die 2002 begonnene Mauer in der Westbank endlich zu schließen.

HILFE FÜR GAZA STOCKT

Weniger als die Hälfte der Zuwendungen für Gaza nach dem Krieg im Jahr 2014 gelangt bislang in das verarmte Gebiet, hat die Weltbank erklärt. Die palästinensische Wirtschaft stagniere mit 42% Arbeitslosigkeit in Gaza und 18% in der Westbank erklärt. In dem Report wird der palästinensischen Autonomiebehörde vorgeschlagen, Alterspensionen zu kürzen.

1000 KINDER VERHAFTET

Seit Beginn des Jahres 2016 bis September hat Israel mehr als 1.000 palästinensische Kinder und Jugendliche festgenommen und in israelische Gefängnisse und Haftanstalten eingesperrt, wie die palästinensische Botschaft in Berlin mitgeteilt hat. Unter ihnen sind auch 70 Kinder aus dem besetzten Ost-Jerusalem, die unter Hausarrest gestellt wurden. Ein palästinensischer Report listet Minderjährige auf, die während der Haftzeit missbraucht und gefoltert wurden. So wurde der 16-jährige Ahmed aus Issawiya gezwungen, mit dem Kopf nach unten drei Stunden zu knien. Vor seiner Inhaftierung wurde er von einem israelischen Polizisten verhört, der die Kabelbinder, mit denen seine Hände gefesselt waren, mit einem scharfen Messer durchschnitt und ihn verletzte. Die tiefen Schnitte in seiner Hand blieben unversorgt, während er von israelischen Militärs drei Stunden lang verhört wurde. Sie schrien ihn laut an und schlugen ihn mehrfach auch auf den Kopf, weil er sie „geärgert“ hätte. Seit Beginn des Jahres 2016 sind allein in Ost-Jerusalem 560 palästinensische Kinder festgenommen worden. Im Monat August waren es 30 Jugendliche, einige unter ihnen nicht älter als 13 Jahre. Von den Familien wurden 65.000 Schekel (rund 17.270 US-Dollar) als sogenannte Strafzahlung verlangt. Mehrheitlich berichteten die Inhaftierten, dass sie misshandelt und auch gefoltert wurden. Die Organisation Addameer berichtet, dass im Monat August 7.000 Palästinenser in israelischen Haftanstalten und Gefängnissen inhaftiert waren. Darunter sind auch 340 Minderjährige.

LAND ÜBER DER GRENZE

Landwirtschaftliche Gemeinden in Israel bewirtschaften Land in der Westbank. Dies hat die Zeitung Haaretz nun aufgedeckt. Das Land erhielten sie in den 80er Jahren von der staatlichen Landbehörde. Es befindet sich bei der Siedlung Mevo Horon in der Nähe der 67er-Grenze. Es wird bewirtschaftet von den Moshavim Mesilat Tzion, Even Sapir, Eshtaol, Taoz and Naham.

BESATZUNG I

Mohammed, aus Beit Jala bei Betlehem im besetzten Palästina, seit kurzem verheiratet und Vater eines kleinen Sohnes, berichtet: Lieber Freund, ich möchte dich informieren, dass die israelische Armee in unserem Lager war. Sie begannen Tränengas und Kugeln zu schießen. Eine Kugel kam in unsere Wohnung, siehe Bild. Wir hatten Glück, wir schliefen alle in einem anderen Raum.



Eine Kugel durchdrang das Fenster zum Schlafzimmer.

BESATZUNG III

Zwei geheime und aufschlussreiche Telegramme des israelischen Außenministeriums mit Anweisungen an Diplomaten aus den Jahren 1967 und 1968 zeigen nun, wie die damalige Regierung die Nichtanwendung der Genfer Konvention auf die eroberten Gebiete durchsetzen wollte. Die Zeitung Haaretz zitiert daraus. „Unsere konsistente Politik ist es, die Lage in den verwalteten Gebieten nicht mit ausländischen Mächten auf der Grundlage der Genfer Konvention zu besprechen. Würden wir die Genfer Konvention anerkennen, gäbe es ernstzunehmende Probleme mit Hauszerstörungen, Vertreibungen, Siedlungen und mehr – und darüber hinaus, wenn wir verpflichtet sind, alle Optionen offen zu halten in Bezug auf Grenzen, dürfen wir nicht anerkennen, dass unser Status nur ein Besatzer-Status ist“, heißt es in dem Telegramm an Yitzhak Rabin, der damals Diplomat bei der UNO war. Rabin sollte den Amerikanern vermitteln, dass es einzigartige Aspekte zum Status der Gebiete und zum israelischen Status gegenüber den Gebieten gäbe. Gaza sei vor dem 67er Krieg ägyptisch gewesen und die Westbank jordanisch besetzt. In einer solchen Lage sei die Anwendbarkeit der Genfer Konvention unklar. Im anderen Telegramm wird darauf verwiesen nicht das Wort „Besatzung“ zu benutzen. So soll vermieden werden, dass das Rote Kreuz freien Zugang zur Bevölkerung in der Westbank hat. Statt besetzten Gebieten, solle man von Gebieten unter israelischer Kontrolle reden oder von Gebieten unter Militärverwaltung.

BESATZUNG II

Zwei Soldaten der Nahal-Brigade haben am 21. September eine Holzhandlung in Nablus, die Palästinensern gehört, angezündet. Sie wurden dabei von einer Kamera gefilmt. Am Tag davor hatten fünf Soldaten der Nahal-Brigade einen Palästinenser zusammengeschlagen, während sie ihn verhafteten. Die Armee untersucht die Fälle.

Die Zeitung Haaretz berichtete von einem internen Armee-Papier, das Vorfälle, die mit dem Tod endeten, untersucht hat. Danach waren die Soldaten, die den 15-jährigen Khaled Bahar aus Beit Ummar erschossen hatten, nicht in Gefahr und hätten anders reagieren können. Ein anderer Fall geschah an der Tapuah-Kreuzung. Raheeq al-Birawi hatte sich Grenzsoldaten genähert und ein Messer gezogen. Ein Soldat schoss ihr daraufhin in die Beine. Vier weitere feuerten ebenfalls. 30 Kugeln fanden sich am Ende im toten Körper der Palästinenserin. In al-Ram ist der Fahrer eines Autos durch den Checkpoint gefahren. Der Fahrer hatte Kopfhörer auf und hörte deshalb die Befehle nicht, wurde hinterher festgestellt. Auch in diesem Fall sei das Leben der Soldaten, die sich in einem gepanzerten Jeep befanden, nicht in Gefahr gewesen.

Ein weiterer Fall ereignete sich in Hebron: Ein schockierendes Video mit einem palästinensischen Tatverdächtigen, Abdel Fattah al-Sharif, der gefesselt auf dem Boden liegt, ein Soldat tritt auf ihn zu und schießt ihm in den Kopf. Das Geschehen hat viele Diskussionen ausgelöst. Schließlich ist der israelische Verteidigungsminister, der den Vorfall aufklären lassen wollte, zurückgetreten, da die öffentliche Meinung gegen ihn stand und auch das Kabinett ihm für eine Untersuchung nicht den Rücken stärkte. Mittlerweile ist es zum Prozess gegen den Soldaten gekommen. Ein medizinischer Gutachter sagte aus, der Schuss habe den am Boden liegenden Palästinenser nicht getötet.

ETHNISCHE SÄUBERUNG

Nach einer Studie des US-amerikanischen Pew Research Centers vom Frühjahr 2016 befürworteten 48% der Juden in Israel die Ausweisung der Palästinenser aus Israel. 46% sind dagegen. Ca. 20% der Staatsbürger Israels sind Palästinenser. 61% der Israelis glauben, Gott habe ihnen das Land Israel gegeben.

Ministerpräsident Netanjahu hat kürzlich den Palästinensern und anderen Befürwortern einer Zwei-Staaten-Lösung vorgeworfen, für ethnische Säuberung im Westjordanland einzutreten, weil sie die jüdischen Siedlungen dort als Hindernis für eine Zwei-Staaten-Lösung ansehen. Empört haben die UNO und andere diesen Vorwurf zurückgewiesen.

GAZAKRIEG VOR STRAFGERICHTSHOF

Vier palästinensische Menschenrechtsorganisationen haben den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (ICC) mit Unterlagen versorgt, die israelische Kriegsverbrechen im jüngsten Gazakrieg beweisen könnten. Das Al Mezan Zentrum für Menschenrechte, Al-Haq, Aldameer, und das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte konzentrieren sich dabei auf die Bombardierung der Zivilbevölkerung in Rafah vom 1. bis 4. August 2014, die erfolgte, weil ein israelischer Soldat gefangen genommen war. Obwohl am 2. August bereits bekannt wurde, dass der Gefangene verstorben war, ging die Bombardierung weiter.

Beim Internationalen Strafgerichtshof laufen seit Anfang 2015 vorläufige Untersuchungen zum Gazakrieg 2014. Morddrohungen überschatteten andere Angriffe auf Mitarbeiter von Al Mezan, Al Haq und des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte – also der drei palästinensischen Organisationen, die daran arbeiten, Israel vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen. In den Niederlanden ermittelt die Staatsanwaltschaft im Fall der Drohungen gegenüber Nada Kiswanson, einer palästinensischen Anwältin mit schwedisch-jordanischer Staatsangehörigkeit, die für Al Haq tätig ist.

Hauszerstörungen: Anstieg um 60%

Seit Anfang 2016 sind 878 Häuser und Strukturen palästinensischer Bewohner in der Westbank zerstört worden. Dies bedeutet eine 60%-Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, wie das zentrale Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in seinem Bericht ermittelte. Allein zwischen dem 26. und 28. September zerstörte die israelische Besatzungsarmee 33 Häuser und Strukturen in der Zone C und in Ost-Jerusalem unter dem Vorwand, sie seien ohne israelische Genehmigung errichtet worden. Infolgedessen wurden 35 Menschen obdachlos und vertrieben. Unter ihnen sind ein Drittel Kinder. Auch 100 weitere Personen sind mittelbar von den Zerstörungen betroffen, so OCHA. Diese Zerstörungen betreffen neun Gemeinden, Khirbet Tell Al Himma im nördlichen Jordantal (Tubas), Huwwara und Beit Dajan im Gebiet um Nablus, Khan Al Ahmar (Makab As Samn) und Abu Nuwwar im Gebiet um Jerusalem, Jurat Al Kheil und Susiya in Hebron sowie At Tur und Beit Safafa in Ost-Jerusalem. Fünf dieser Orte sind Siedlungsgebiete von Beduinen und Flächen, auf denen Herden weiden. Sie gehören zu den gefährdeten Bereichen in der Westbank. Aufgrund der Diskriminierungen und rechtswidrigen Planungen ist es Palästinensern quasi unmöglich, eine Baugenehmigung zu erhalten. Dies gilt mehrheitlich für die Gebiete C und Ost-Jerusalem, in denen Israel systematisch Druck ausübt, Eigentum zerstört und mit anderen Faktoren darauf zielt, die Bewohner zum Verlassen der Gebiete zu drängen.

FOTO // ANAÏS IMBAUD



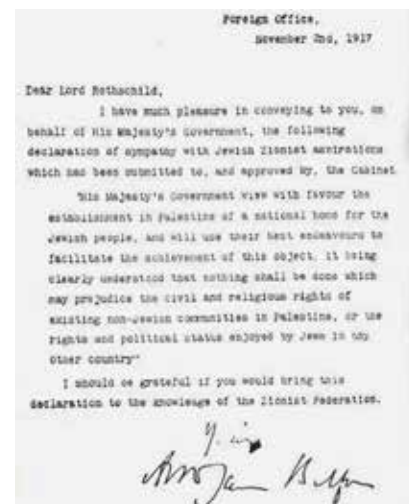
Im Jordantal: Ein Zelt wurde zum wiederholten Mal zerstört.

KEINE WAHLEN

Am 8. Oktober hätten in Palästina Kommunal-Wahlen stattfinden sollen. Doch das Oberste Gericht Palästinas sagte sie ab. Die offiziellen Begründungen sind: Israel habe nicht erlaubt, dass auch die Palästinenser und Palästinenserinnen im besetzten Ost-Jerusalem mitstimmen durften und die Hamas im Gazastreifen war dort mit einigen Listen von Fatah-Mitgliedern nicht zufrieden und lehnte diese ab. Politische Beobachter vermuten aber, dass die Gerichtsentscheidung Präsident Abbas gelegen kam, da seine Partei vermutlich eine Niederlage erwartet hätte. Parlamentswahlen gab es zum letzten Mal im Jahr 2006 – mit dem damals überraschenden Wahlsieg der Hamas.

BALFOUR-ENTSCULDIGUNG GEFORDERT

Präsident Abbas hat in seiner diesjährigen Rede vor der UN eine Entschuldigung der Briten für die Balfour-Deklaration gefordert. Die Balfour-Erklärung von 1917 ist ein Brief der britischen Regierung an den Chef des zionistischen Weltkongresses Lord Rothschild, in dem Juden eine Heimstätte in Palästina versprochen wurde. Die Balfour-Deklaration habe zu Unrecht geführt, begründete Abbas seinen Vorstoß.



Die Balfour-Deklaration.

Schwerpunkt: Besatzung

50 Jahre israelische Besatzung – Die Nakba geht weiter

FOTO // RÖM



Besuch bei Hani Amer (Mitte). Sein Haus ist von einer Siedlung und der Mauer umgeben.

Jeden Monat stehe ich mit Aktivisten an einem Infostand in Bonn, wo zu lesen ist: *Israel – raus aus den Besetzten Gebieten*. Ein jüngerer Mann fragt mich uninformiert, aber interessiert: „Welche Besatzung?“ Selbst die Medien vergaßen die völkerrechtlichen Koordinaten, als sie Betlehem in Israel verorteten. Erst Beschwerden beim Deutschen Presserat brachten sie zur Einsicht. Schon in der dritten Generation leben die Palästinenser unter israelischer Besatzung, sie müssen Entrechtung und Ohnmacht ertragen. Wer vor den Trümmern zerstörter Häuser

und an den Checkpoints steht, wer an der riesigen Mauer emporschaute, fragt sich immer wieder: Wie halten die Menschen das alles aus?

Zwei Mal erhoben sich die Palästinenser. Die Erste Intifada (1987–1993) war weitgehend gewaltfrei, die Zweite Intifada (2000–2005) ging mit Selbstmordattentaten einher. Bei meiner Reise durch die besetzte Westbank hörte ich wiederholt den Satz: Wir wollen als Menschen behandelt werden und nicht wie Tiere. Der scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat es auf den Punkt gebracht:

„Es liegt in der Natur des Menschen, auf die Besatzung zu reagieren, die oft als mächtiger Brutkasten des Hasses und Extremismus dient.“

Hani Amers Haus, der schon 1948 Flüchtling war, befindet sich auf Land, das die Siedler beanspruchen. Nun ist sein Haus von Zaun und Mauer umgeben. Trotzig sagt er:

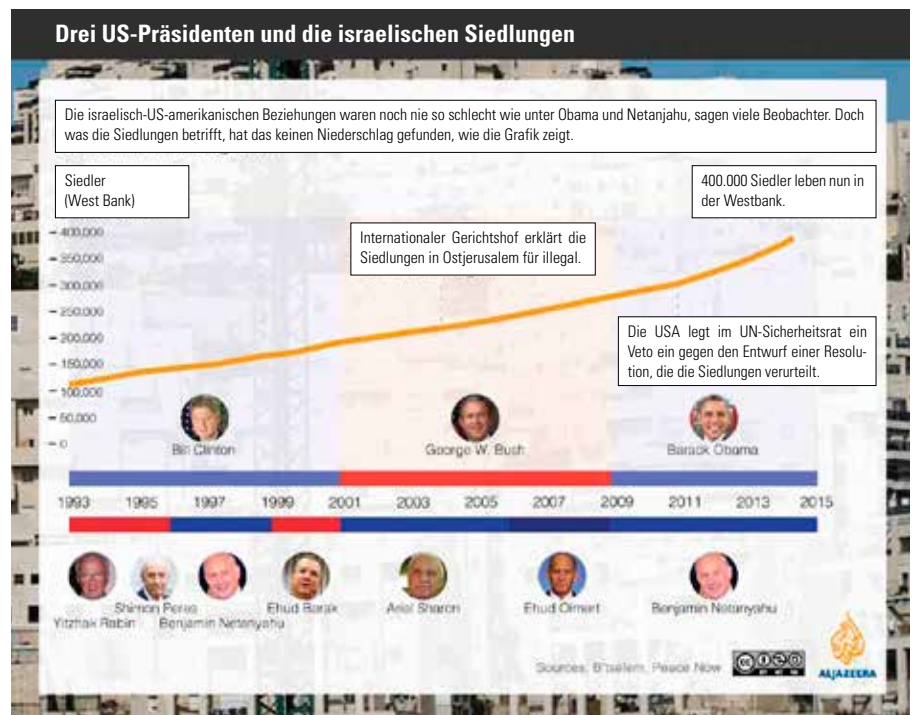
„Ich bleibe hier, ob auf der Erde oder unter der Erde.“

Ich kann kein Arabisch sprechen, aber ein Wort habe ich von Palästinensern gelernt: *Su-mud* – Standhaftigkeit. Die Menschen halten es nicht mehr aus und sie bleiben doch: To exist is to resist. Sie sind mit ihrem Land verbunden und wie ihre Olivenbäume tief im Boden verwurzelt. Es geht nicht um religiöse Überzeugung, sondern um die Frage: Wem gehört das Land? In Ostjerusalem kann man sehen, wie Israel auf subtile und zugleich brutale Weise versucht, eine „Entarabisierung“ durchzusetzen.

In Betlehem erzählten mir Menschen, wie sie in den achtziger Jahren zum Baden nach Gaza ans Meer fahren konnten. Friedensaktivisten berichten von gemeinsamen Aktionen von jüdischen Israelis und Palästinensern in den neunziger Jahren. Die Zerstückelung des Landes durch die Oslo-Abkommen in A-, B- und C-Gebiete sowie die Mauer behindern die Kommunikation, erschweren politische Aktivitäten, strangulieren die palästinensische Ökonomie und pferchen die Palästinenser ein. Wohin die Enklavenbildung in der Westbank führt, lässt sich am Gazastreifen sehen: Abriegelung, Verhinderung der Bewegungsfreiheit, militärische Gewalt und Zerstörung der Infrastruktur.



Das Ergebnis der Oslo-Abkommen ist ein zerstückeltes Westjordanland. Die roten Flächen sind die A- und B-Gebiete, die unter palästinensischer (Teil)Verwaltung sind, die schraffierte rote Fläche ist das israelisch kontrollierte C-Gebiet, ca. 62% des Westjordanlandes.



Drei US-Präsidenten und die israelischen Siedlungen. Der Siedlungsbau steigt kontinuierlich.

Im Rückblick bleibt festzustellen, dass das Versprechen „Land für Frieden“ niemals eine wirkliche Option des zionistisch-kolonialistischen Projekts war, ganz gleich, ob es linke oder rechte israelische Regierungen waren. Die wachsenden Kolonien, verniedlichend Siedlungen genannt, dienten von Anfang an einer schleichenden Annexion. Ihr Bau ging vor, während und nach den Oslo-Abkommen unvermindert fort und hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Edward Said, der zusammen mit Daniel Barenboim das west-östliche Divan-Orchester gründete, warnte von Anfang an vor den Folgen von Oslo.¹ Leider behielt er Recht. Der damalige israelische Außenminister Shimon Peres versprach der Knesset, die Oslo-Abkommen würden die Kontrolle über die Besetzten Gebiete für viele Jahrzehnte sichern.²

Welche Perspektiven ergeben sich? Die sogenannte Palästinensische Autonomiebehörde (*Palestinian Authority*) wird weiterhin willig oder widerwillig mit Israel kooperieren und damit noch mehr Vertrauen in der palästinensischen Bevölkerung verlieren. Palästinensische Bewegungen wie *Stop the Wall* und das *Popular Resistance Committee* mobilisieren den Widerstand in der Bevölkerung, soweit das unter einem brutalen Besatzungsregime und einem allgegenwärtigen Geheimdienst möglich ist. Politisch ist die *Demokratische Allianz* das Sammelbecken jenseits von Fatah und Hamas. Bei einigen jüdischen Israelis

hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ein Besatzungsregime auf Dauer nicht zu halten ist, etwa bei *Breaking the Silence*, *B'Tselem*, *Boycott from Within* und neuerdings bei SISO (*Save Israel Stop Occupation*). Allerdings tut die Regierung Netanjahu alles, um israelische Menschenrechts- und Friedensgruppen gesellschaftlich an den Rand zu drängen und finanziell auszutrocknen.

Sowohl die US-amerikanische Regierung, die EU und insbesondere die Bundesregierung belassen es bei verbalen Bekundungen des Bedauerns, dass der Staat Israel immer mehr Land enteignet und neue Kolonien bauen lässt und dabei mit brutaler Gewalt vorgeht. Darum engagieren sich jüdische Organisationen wie Jewish Voice for Peace (USA), Jews for Justice for Palestinians (Europa) und die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. (D). In Deutschland wurde das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung (BIB) gegründet, dem Menschen jüdischer, palästinensischer und deutscher Herkunft angehören. Am wirksamsten jedoch dürfte die wachsende Boykottbewegung BDS sein. Sie mundtot zu machen, scheut die Besatzungslobby keine Mittel. Die Meinungsfreiheit ist in den westlichen Ländern bedroht, wir müssen sie energisch verteidigen, um unsere Stimme für die Rechte der Palästinenser zu erheben.

MARTIN BREIDERT, DPG-VIZEPRÄSIDENT

¹ E. W. Said, *Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina* 1995, deutsch 1997

² <http://www.mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook10/Pages/Statement%20to%20the%20Knesset%20by%20Foreign%20Minister%20Peres.aspx>

Aus Webseiten der Parteistiftungen – zur Lage im besetzten Palästina

Das Palästina Journal hat die deutschen Parteistiftungen in Ramallah bzw. in Jerusalem um einen kurzen Beitrag zu 50 Jahre Besatzung gebeten. „Dies kann ein Abschnitt aus einer aktuellen Analyse sein, ein Baustein aus einer Tagung, der Ihnen in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist.“ Nicht geantwortet haben Seidel-, Böll-, Ebert- und Naumann-Stiftung. Abgesagt haben Adenauer- und Luxemburg-Stiftung. Auf den Webseiten der Stiftungen hat die Redaktion daraufhin selbst nach aussagekräftigen Zitaten (z.T. englisch) gesucht, aus denen sich ein Mosaik über die derzeitige Lage im besetzten Palästina ergibt.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (SPD):

„Der Streik der Lehrer/innen ist nur einer, aber einer der größten öffentlichen **Aufstände** gegen die palästinensische Autonomiebehörde, die immer weniger Unterstützung durch die Bevölkerung genießt. Der Streik muss deshalb im Kontext der generellen Unzufriedenheit mit der Arbeit der Palästinensischen Autonomiebehörde gesehen werden.“ Die Lehrer/innen hatten im Februar gestreikt, weil Angestellte in Behörden z.B. besser gestellt sind als sie. Sie hatten sich auch gegen die eigene Gewerkschaft gewandt, die einer 1,5% Lohnerhöhung zugestimmt hatte. Sie forderten ein Grundgehalt von mindestens 3000 Sche-
kel (ca. 600 Euro) monatlich und eine demokratisch gewählte Gewerkschafts-
führung.“

(April 2016)

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (LINKE):

„Bei einem runden Tisch zur Lage in Palästina berichtete Iyad Riyahi vom RLS-Partner *Al-Marsad – Social and Economic Policies Monitor* davon, dass die seit dem Osloer Abkommen 1993/1994 aus dem Ausland nach Palästina transferierten **Milliarden** keinen sozialen Fortschritt gebracht hätten. Voraussetzung für sozialen Fortschritt sei zuallererst ein Ende der Besatzung. Statt Milliardenhilfsgelder für die Aufrechterhaltung des Status Quo zu geben, sollten westliche Staaten lieber die Palästinenser/innen politisch unterstützen.“

(12. Januar 2016)

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG (FDP):

„Die moderne **Boykottbewegung** versucht nur an der Oberfläche Israel wirtschaftlich zu treffen, indem sie die Zusammenarbeit verweigert ... BDS will die Herzen erreichen, nicht die Kassen. Die Boykott-Organisationen haben verstanden, dass einer langfristigen politischen Transformation ein sozialer Paradigmenwechsel vorausgehen muss. Die BDS-Bewegung beabsichtigt den Ball bis zu seinem endgültigen Ziel, den Teppich unter dem Staat Israel wegzuziehen, rollen zu lassen.“

(5. Oktober 2015)

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (GRÜNE):

„Das Thema **Korruption** spielte in den 2006 Wahlen, als die palästinensischen Wähler aus Frust über die Korruption der Fatah und ihrem Misserfolg beim Aufbau transparenter Institutionen die Hamas wählten, eine entscheidende Rolle ... Mittlerweile, nach Jahren an der Macht in Gaza, gibt es dieselben Vorwürfe gegen die Hamas, besonders nachdem diese massiv von der „Tunnelwirtschaft“ zwischen 2007 und 2014 profitierte. Dennoch sind öffentliche Kampagnen gegen Korruption weniger geworden, aufgrund der Zunahme der Autorität der palästinensischen Autonomiebehörde und dem Druck des Sicherheitsapparates kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.“

(Juni 2015)

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG (CDU):

„An einem **multilateralen Ansatz** zur Konfliktlösung wird man jedoch nicht vorbeikommen, ob nun unter Federführung der USA oder der Europäer. Denn das Misstrauen gegenüber dem Anderen ist seit dem Scheitern des Oslo-Friedensprozesses stetig angestiegen: 89 Prozent der Palästinenser und 68 Prozent der jüdischen Israelis trauen der anderen Seite nicht. Das wirkt sich auch auf die diplomatischen Beziehungen aus. Ein bilaterales Verhandlungsszenario wird unter diesen Umständen kaum zielführend sein.“

(24. August 2016)

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG (CSU):

„Der Historiker James Barr vom King's College in London hat die Entwicklung des **Sykes-Picot**-Abkommen vorgestellt und zeigte die geheimen britisch-französischen Verhandlungen als Diashow über den Ersten Weltkrieg, wobei jede Seite dachte, das Beste für seine Nation zu wollen. Während der Einfluss der definierten Zonen oft als Ursache der Grenz- und Souveränitätskonflikte in der Region angesehen wird, argumentierte Barr, dass das Sykes-Picot-Abkommen ein Symptom und nicht der Grund für die Instabilität des Mittleren Ostens ist, nachdem Versuche des Westens die Levante zu kolonisieren viel weiter zurückreichen würden.“

(Juni 2016)

BERLINER ISRAELISCHE UND JÜDISCHE KULTURSCHAFFENDE GEGEN ZENSUR

Eine öffentliche Kampagne gegen das Ballhaus Naunynstraße in Berlin und das von ihm mitgetragene palästinensische Kunstfestival „After the Last Sky“, in dem angeblich „anti-israelische Hetze“ toleriert worden sei, hat zahlreiche jüdische Kulturschaffende veranlasst, sich in einem offenen Brief für die Veranstaltung und den Veranstalter einzusetzen.

„Viele von uns haben Israel verlassen, weil wir das zunehmend beängstigende Klima der Einschüchterung von Kritiker/innen der Besatzungspolitik und der zunehmenden Einschränkungen der Redefreiheit nicht mehr ertragen können oder wollen. Seit mehreren Jahren versucht die rechtsnationalistische Netanyahu-Regierung, progressive und palästinensische Stimmen zum Schweigen zu bringen. So wurden öffentliche Gelder für israelisch-palästinensische Kulturinstitutionen gestrichen, oppositionelle Künstler/innen seitens rassistischer Organisationen bedroht und kritische Stimmen in Universität und Medien wurden und werden unter extremen Druck gesetzt.

Wir haben immer gehofft und es in den vergangenen Jahren teilweise auch so erlebt, dass Berlin ein Ort ist, an dem Debatten möglich sind. Angesichts der bedrückenden Entwicklungen in Israel, sind wir entsetzt, nun auch in dieser Stadt zu erleben, dass kritische Äußerungen zu Israels Besatzungspolitik ähnlich unsachlich als „Israel-Hass“ oder „antisemitisch“ gebrandmarkt werden ...

Wir, die Unterzeichner/innen, sind durchaus unterschiedlicher Meinung darüber, ob Begriffe wie „Apartheid“, „Kolonialismus“ und „ethnische Säuberung“ in Bezug auf die Geschichte und Gegenwart des Staates Israel zutreffend oder nützlich sind; wir haben auch unterschiedliche Positionen zum palästinensischen Aufruf nach Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen den Staat Israel wir stellen aber fest, dass die Diskussion über diese Begriffe und die Argumente der BDS-Bewegung, legitime Bestandteile einer öffentlichen Debatte über die politische Situation in Israel-Palästina sind ...

Die leichtfertige Instrumentalisierung von Antisemitismus-Vorwürfen gegen linke Israelis, Palästinenser/innen und andere, sehen wir zudem als schwerwiegendes Hindernis bei der Bekämpfung von tatsächlichen antisemitischen Tendenzen, die angesichts des Rechtsrucks in Deutschland immer notwendiger wird.

Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass sich in politischen Äußerungen über Israel und Palästina, Antisemitismus oder anti-muslimischer Rassismus manifestieren können. Gerade deshalb betonen wir die Bedeutung einer Diskussion, die Menschenrechte und Gleichberechtigung in den Mittelpunkt stellt. Dabei sind uns die Grundrechte der Palästinenser/innen genauso wichtig, wie die der jüdisch-israelischen Bevölkerung.“

ISRAELISCHE UND JÜDISCHE
KULTURSCHAFFENDE IN BERLIN
www.juedische-stimme.de/?p=1999

BOTSCHAFTERIN WEIST HETZKAMPAGNEN GEGEN PALÄSTINA-VERANSTALTUNGEN ZURÜCK

Anlässlich der zunehmenden Anzahl von Palästina-Veranstaltungen, die gezielt angegriffen werden bzw. gar verhindert werden, zeigte sich die palästinensische Botschafterin in Berlin Dr. Khouloud Daibes in einer öffentlichen Erklärung besorgt.

„Ich begrüße die wachsende Anzahl an Palästina-Veranstaltungen in ganz Deutschland, die wir dem Engagement und Wirken von Organisationen, Verbänden, Vereinen und einer Vielzahl von Einzelpersonen zu verdanken haben. Zugleich bin ich über die stetig zunehmende Tendenz, palästinensische Veranstaltungen gezielt anzugreifen bzw. zu verhindern, alarmiert.

In diesem Jahr fanden Reden, Ausstellungen, Konzerte und Preisverleihungen u.a. in Bochum, Bremen, Hildesheim, Heidelberg, München und Berlin statt. Die aktuellen Entwicklungen betreffen nicht nur Ereignisse mit palästinensischen TeilnehmerInnen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben, sondern auch israelische Veranstalter, Organisationen und Einzelpersonen, die das Handeln ihrer eigenen Regierung kritisieren.

Unterdessen haben sich mobbende Anschuldigungen und öffentlicher Druck zu einer gezielten Hetzkampagne gegenüber Einzelpersonen, Veranstaltern und Organisatoren verdichtet. Das ist absolut inakzeptabel. Der Missbrauch des Begriffs „Antisemitismus“, der inzwischen inflationär auf jegliche Kritik an Israel verwendet wird, beeinträchtigt alle wirklichen Fälle und andere Formen von Rassismus und Diskriminierung.

Wir fühlen uns all denjenigen eng verbunden, die angesichts solcher Vorwürfe und Misstrauensversuche öffentlich diffamiert und grundlos angegriffen werden. Meine tiefe Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen werde ich auf politischer Ebene immer wieder thematisieren.

Deutschland ist ein offenes, tolerantes und multikulturelles Land, in dem grundlegende Menschenrechte, wie die Rede- und Meinungsfreiheit gepflegt werden. Palästina und Deutschland teilen die Auffassung, jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Jedes Anzeichen von Rassismus gegen eine Person bzw. Personen muss geahndet werden. Aber diese Art der Unterdrückung, jede palästinensische Stimme oder Kritik an Israel als Besatzungsmacht niederzuknüppeln, ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und das Recht der Menschen, gehört zu werden.“

DR. KHOULOU DAIBES
BOTSCHAFTERIN PALÄSTINAS IN DEUTSCHLAND



- **2005, Kassel** // Ausstellung: Palästina – Alltag unter Besatzung / ABSAGE durch Stadt / Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit
- **2005, Leipzig** // Lesungen des Zambon-Verlags / ABSAGE durch Buchmesse / u.a. antideutsche Kampagne
- **20. Januar 2006, Frankfurt** // Veranstaltung mit Rupert Neudeck und Hajo Meyer / ABSAGE durch Kirche / Jüdische Gemeinde
- **2008, Frankfurt** // NAKBA-Ausstellung und Vorträge / ABSAGE durch DGB / Druck von der jüdischen Gemeinde u. a.
- **23. Oktober 2009, München** // Vortrag von Ilan Pappé / ABSAGE durch Stadt / Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG)
- **Juli 2012, Nürnberg** // Nakba-Ausstellung / ABSAGE durch Kirche / Israelitische Kultusgemeinde, Leiter der Ev. Stadtakademie
- **12. Dezember 2012, Kiel** // Vortrag: Johann Galtung zu Weltinnenpolitik / ABSAGE durch Universität / Hetze gegen Galtung
- **Januar 2014, Nürnberg** // Alle Veranstaltungen des AK-Palästina / ABSAGE durch Kirche / Israelitische Kultusgemeinde
- **Dezember 2014, Berlin** // Canaan-Konferenz / Café Palestine wird von der Konferenz ausgeschlossen / American Jewish Committee, Benjamin Weinthal mit Jerusalem Post
- **März 2015, Hamburg, Bochum** // Vortragsreise von Salah Khawaja aus Nilin zu zivilem Widerstand / ABSAGE der Ausreise trotz Schengen-Visum
- **3. Juni 2015, Neuss** // Vortrag: Judentum und Zionismus / ABSAGE durch Stadt / Jüdische Gemeinde Düsseldorf, OB Napp
- **28. März 2016, München** // Anita-Augspurg-Preis an Frauenliga / ABSAGE durch Stadt / Israelitische Kultusgemeinde
- **18. Mai 2016, Oldenburg** // Vortrag: Antisemitismus / ABSAGE durch Stadt / u.a. antideutsche Kampagne
- **17. Juni 2016, Köln** // Ausstellung: Breaking the Silence / ABSAGE durch OB Schramm / Israelische Botschaft
- **11. August 2016, Heidelberg** // Ausstellung: Kinderbilder aus Palästina / ABSAGE durch Stadt / unklar
- **23. September 2016, München** // Vortrag von Abi Melzer / ABSAGE durch Stadt / Israelitische Kultusgemeinde
- **30. September 2016, München** // Benefiz-Konzert für Gaza / ABSAGE durch Kirche / Münchner Israel-Gruppe

ZUSAMMENSTELLUNG:
CHRISTOPH RINNEBERG

Aktivitäten

FOTO // © 2012 MARCO URBAN, KAS



Rupert Neudeck

ERINNERUNG AN RUPERT NEUDECK

■ Rupert Neudeck widmete den Palästinensern ein Buch mit dem Titel „Ich will nicht mehr schweigen. Über Recht und Gerechtigkeit in Palästina“. Es war schwer, einen Verlag zu finden. In Frankfurt ließ ihn die evangelische Kirche nicht sprechen. Vor einem Jahr trafen wir uns in seinem Wohnzimmer, um das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung (BIB) zu gründen.

Die vielen Nachrufe erwähnten sein Eintreten für die Rechte der Palästinenser nicht. Es liegt nun an uns, seinen Geist der Zivilcourage aufzunehmen und für Recht und Gerechtigkeit in Palästina einzutreten.

MARTIN BREIDERT, VIZEPRÄSIDENT DER DPG

PALÄSTINA-TAGUNG

■ Vom 10. bis 12. März 2017 lädt die DPG wieder zu einer offenen Palästina-tagung nach Osnabrück ein. Die Tagung im Haus Ohrbeck in Georgsmarienhütte beschäftigt sich mit der 50 Jahre andauernden Besetzung Palästinas: „Fünfzig Jahre verändern ... Rückblicke und Perspektiven für Palästina und Israel“. Referenten sind Prof. Dr. Udo Steinbach, Andreas Zumach, Naa'im Alashhab/Palästina und Dr. Tamar Amar-Dahl, Berlin.

<http://www.dpg-netz.de/>

ASHTAR-THEATER BEI FILISTINA

■ Lesungen, Filme, Theater, Vorträge, Ausstellungen, Konzerte und Gesprächsforen hat die Filistina 2016, das jährliche Festival für Kultur und Politik in Palästina, im April in Hannover geboten. Dazu gehörte eine Theaterwoche mit Aufführungen des Ashtar-Theaters aus Ramallah. Veranstalter waren der Arbeitskreis Kirche und Theater in der Evangelischen Kirche in Deutschland, das Institut für Theaterpädagogik Lingen der Hochschule Osnabrück, die Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater, die Theaterwerkstatt Hannover, die Anna-Lindh-Stiftung und die Palästina Initiative Region Hannover.



Filistin-Theaterveranstaltung der theaterwerkstatt hannover in Kooperation mit dem Maraya Theater, Maghar

CROWDFUNDING FÜR BÜCHER

■ Der Frankfurter Verleger Abi Melzer hat seinen Verlag neu gestartet. Im Programm ist das erste Buch von Felicia Langer – Mit eigenen Augen – erschienen und das neue Buch von Ilan Pappé zum unlösbaren Konflikt. Das Projekt benötigt Crowdfunding.

Kontakt: abimelzer@t-online.de

ICH GEHE AUFRECHT

Ich gehe aufrecht
Ich gehe erhobenen Hauptes

In meiner Hand ein Olivenzweig
Und auf meiner Schulter mein Sarg
Und ich gehe und ich gehe

Mein Herz ist ein roter Mond
Mein Herz ist ein Garten
In ihm Bocksdom
In ihm Basilikum
Meine Lippen sind ein Himmel,
der manchmal Feuer, manchmal
Liebe regnen lässt

In meiner Hand ein Olivenzweig
Und auf meiner Schulter mein Sarg
Und ich gehe und ich gehe

SAMIH AL-QASIM (1939–2014)

PROTEST GEGEN KONGRESS DES JÜDISCHEN NATIONALFONDS

■ Eine Gruppe von 30 Aktivisten hat gegen den 2. Kongress des Jüdischen Nationalfonds (JNF-KKL) im September in Köln demonstriert. In den 1967 besetzten Gebieten beteiligt sich der JNF völkerrechtswidrig an Infrastruktur-Projekten für jüdische Siedlungen, z.B. im Jordantal. www.tarabut.info/en/articles/article/where-jnf-mony-goes

Wiederaufforstungsprojekte des JNF wie der Canada-Park auf den Ruinen dreier palästinensischer Dörfer sowie die andauernde Vertreibung von Beduinen mit israelischer Staatsangehörigkeit im Negev, z.B. in Al-Araqib sind ebenfalls JNF-Projekte. Die Kundgebung vor dem Tagungsgebäude wurde organisiert von der BDS-Gruppe Bonn, dem Institut für Palästinakunde Bonn und der Palästinensischen Gemeinde Bonn.

BARGOUTHY BEI DPG-TAGUNG 2016

■ Auf der sehr gut besuchten DPG-Palästina-Tagung im März 2016 im Haus Ohrbeck bei Osnabrück hat der palästinensische Arzt und Politiker Dr. Mustafa Bargouthi das Leben der Palästinenser im besetzten Palästina als Apartheid-System beschrieben. Zu Beginn der Veranstaltung kritisierte er die Verweigerung Israels, den palästinensischen Friedensaktivisten Salah Al-Khawajah nach Deutschland reisen zu lassen. Er übernahm den Vortrag von Al-Khawajah und berichtete über die wichtige Koordinierungsarbeit des verhinderten Referen-

ten. Die Palästinenser leben nach Auffassung von Bargouthi in einem System der Apartheid. In jeder Lebenslage würde die palästinensische Zivilbevölkerung von Israel schikaniert und diskriminiert, so der Gründer und Generalsekretär der „Palästinensischen Nationalen Initiative“, die sich als dritter Weg zwischen der Hamas und der Fatah versteht. Über die Situation in seiner besetzten Heimat referierte Bargouthi und zeigte Videos und Fotos von Gewalttaten der israelischen Armee, die in den Medien nicht veröffentlicht werden. Heftig kritisierte der Politiker die Sperranlagen, die Israel völkerrechtswidrig vom besetzten Palästina hermetisch trennen. Die Mauer sei dreimal so lang und mehr als zweimal so hoch wie die damalige Berliner Mauer. Getrennt würden vor allem Palästinenser von Palästinensern. Bargouthi stellte die israelische Besetzung als die größte und längste in der neuen Geschichte dar. In seinem Vortrag erklärte Bargouthi, dass die Preise für Wasser und Elektrizität für Palästinenser erheblich teurer sind als für Israelis, obwohl diese fünfmal mehr verdienen. Für medizinische Behandlungen in israelischen Kliniken würden



FOTO // NAZIH MUSHARBASH
Dr. Mustafa Bargouthi auf der DPG-Tagung in Ohrbeck

Palästinenser sogar viermal mehr als Israelis bezahlen. An vielen Beispielen belegte Bargouthi, dass es zwei verschiedene Rechtssysteme für Menschen gebe, die am selben Ort leben, die die Palästinenser in allen Lebenslagen benachteiligen. Scharf kritisierte der Referent den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, der die eindeutige deutsche Haltung zum Nahost-Konflikt bewusst falsch darstellt und behauptet, die Bundeskanzlerin lehne die Zwei-Staaten-Lösung ab. Er zitierte mehrere Erhebungen, in denen sich die deutsche Bevölkerung mehrheitlich – wie die Bundesregierung – für einen Staat Palästina ausspricht. Bargouthi setzt trotz aller negativen Erfahrungen mit der israelischen Besatzung weiterhin auf gewaltfreien Widerstand. Doch er beklagte, israelische Scharfschützen und zunehmend radikale jüdische Siedler würden sogar auf friedliche Demonstranten schießen und diese töten.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-VIZEPRÄSIDENT

BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehard Drost
goettingen@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Lothar Prison
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

Schwerpunkt: Jerusalem

„Wir befinden uns in einer gewissen Haftsituation“

INTERVIEW MIT DEM JENAER OBERBÜRGERMEISTER
DR. ALBRECHT SCHRÖTER ÜBER BESATZUNG



FOTO // © STADT JENA

Dr. Albrecht Schröter ist seit zehn Jahren Oberbürgermeister in Jena. Durch langjährige Kontakte nach Beit Jala im besetzten Palästina, aus denen auch eine Städtepartnerschaft hervorging, kennt er die Auswirkungen der Besatzung aus eigener Anschauung. Der SPD-Politiker, stellvertretender Landesvorsitzender in Thüringen und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags, hat in diesem Jahr das „Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung“ (www.BIB-jetzt.de) mitgegründet. Wiltrud Rösch-Metzler sprach mit ihm über die Möglichkeiten, die ein Politiker hat, zugunsten von Menschenrechten und Völkerrecht für die PalästinenserInnen aktiv zu werden.

WELCHE REAKTIONEN HABEN SIE AUF DIE NEUE INITIATIVE „BÜNDNIS ZUR BEENDIGUNG DER ISRAELISCHEN BESATZUNG“ (WWW.BIB-JETZT.DE) BISHER ERLEBT?

A. Schröter: Es gab bislang keine großen Angriffe, mit einer Ausnahme. Es gibt bei uns den „Runden Tisch für Demokratie“, der ein „Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Antisemitismus“ umsetzen soll. Dieses habe ich übrigens im Jahr 2000 selber mit auf den Weg gebracht. Dort hat man mir vorgeworfen, dem Anspruch des Runden Tisches nicht mehr zu entsprechen, wenn ich bei BIB mitmache. BIB würde BDS unterstützen, BDS sei antisemitisch, das müsse man öffentlich diskutieren. Berechtigte Israelkritik wird ja häufig als Antisemitismus diskreditiert.

UNTERSTÜTZT BIB DENN DIE PALÄSTINENSISCHE KAMPAGNE FÜR BOYCOTT, DE-INVESTITIONEN UND SANKTIONEN (BDS)?

Nein. Wir wollen uns nicht in eine Ecke stellen lassen, in die wir nicht hineingehören. Es gibt keine Beschlusslage von BIB pro BDS.

WAS ES ABER AUCH GAB, WAR EIN AUFTRITSVERBOT IN EINER MÜNCHNER KIRCHE GEGENÜBER DER BIB-GESCHÄFTSFÜHRERIN ...

Ja. Das wird jedoch nicht unbedingt mit BIB oder BDS in Verbindung gebracht. Unsere Geschäftsführerin ist Jüdin, hat die israelische Staatsbürgerschaft und hat eine kritische Haltung zum Thema Besatzung. Das war eigentlich der Hintergrund. Sie ist Künstlerin. Man fürchtete einen Auftritt mit Kritik an der Besatzung der Westbank durch Israel.

SIE SELBER HABEN SICH ZUVOR SCHON GEGEN DIE ISRAELISCHE BESATZUNG ENGAGIERT. SO HABEN SIE DIE AKTION „BESATZUNG SCHMECKT BITTER“ VON

PAX CHRISTI 2012 UNTERSTÜTZT, DIE SICH GEGEN DEN SIEDLUNGSBAU WENDET. DAMALS WURDEN SIE DESWEGEN HEFTIGST ANGEGRIFFEN. WAS FÜR SCHLÜSSE HABEN SIE DARAUS GEZOGEN?

Erstmal war ich völlig überrascht und sehr negativ berührt, dass ich solch extrem aggressiven Meinungsäußerungen ausgesetzt war. Ich hab über 200 Mails bekommen von einer Israel-Lobby, die versucht hat, mich mit Verleumdungen und Hetze zu beeindrucken. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Wirklich übel agiert auch Benjamin Weinthal, der für die Jerusalem Post schreibt und auch in anderen Fällen versucht, Leute des Antisemitismus zu bezichtigen. Ich lasse mich aber nicht einschüchtern. Er hat über mich sinngemäß geschrieben, ich sei der Prototyp des neuen deutschen Antisemiten, während ich von der jüdischen Landsgemeinde Berlin und dem Verein für das Holocaust-Denkmal in Berlin 2011 einen Preis für Zivilcourage bekommen habe, weil ich mich mutig Neonazis entgegenstelle.

Eine Schlussfolgerung war, dass ich diese Mails blockiert habe. Gleichzeitig hat dieser Umgang mit Kritikern entscheidend dazu beigetragen, mich beflügelt und mutiger gemacht, mich für die Menschenrechte in der Westbank und in Israel engagiert einzusetzen. So habe ich mich nach dem Versuch, mich einzuschüchtern, noch engagierter dem Thema zugewandt.

SIE HABEN DIE ANGRIFFE POLITISCH GUT ÜBERSTANDEN. KANN ES SICH EIN/EINE POLITIKER/IN IN DEUTSCHLAND LEISTEN, SICH FÜR DIE RECHTE DER PALÄSTINENSER EINZUSETZEN ODER MÜSSEN SIE BEFÜRCHTEN, IHREN POSTEN ZU VERLIEREN?

Soweit kommt es nicht, dass man seinen Posten verliert – das wäre ja auch noch schöner! Insofern erwarte ich von allen Politikern, die einen klaren Blick für Menschenrechte haben, dass sie sich

gegen Unrecht engagieren. Aber man wird leider einer unglaublichen Kampagne ausgesetzt. Diese wird zum Teil sogar von Studentenkreisen getragen wie aktuell in Göttingen, wo kritische Vorlesungen oder Ausstellungen verhindert werden sollen, oder von sogenannten concerned people, also von Leuten, die von israelischer Propaganda gebrauchen oder sogar missbrauchen lassen. Da braucht man zuweilen viel Humor und Chuzpe. Meine Erfahrung ist jedoch: je unangenehmer diese Menschen agieren, desto eher bewirken sie das Gegenteil. Meine Erfahrung ist auch, dass immer mehr Menschen sagen: „Herr Schröter, Sie sprechen aus, was viele denken...“ Sie kritisieren die Siedlungs- und Besatzungspolitik Israels und fragen nach Möglichkeiten, Palästina zu besuchen. Das ist eine ermutigende Erfahrung. Auch in meiner eigenen Partei, der SPD, stelle ich fest, dass sich immer mehr Menschen nicht mehr von Propaganda beeinflussen lassen, sondern nachfragen und zunehmend auch die Situation vor Ort wahrnehmen wollen. Wir haben eine Partnerstadt in Palästina in Beit Jala und können dadurch vieles hautnah miterleben.

IHR ENGAGEMENT IST VERWURZELT IN DER STÄDTEPARTNERSCHAFT, DIE IHRE STADT JENA MIT BEIT JALA IM WESTJORDANLAND PFLEGT. DORT GAB ES BIS VOR KURZEM EINE LÜCKE IN DER MAUER. JETZT WIRD DIESE GESCHLOSSEN. WO VERLÄUFT DIESE MAUER GENAU?

Lücke kann man nicht sagen, es war ein Metallzaun, der noch nicht zur Mauer ausgebaut war. Seit kurzem steht nun dort eine neun Meter hohe Mauer, die furchtbar anzusehen ist. Ich habe den israelischen Botschafter in Berlin in dieser Angelegenheit angeschrieben und u.a. darauf hingewiesen, dass diese Mauer auf palästinensischem Grund und Boden errichtet worden ist. Er hat mir in seiner äußerst späten Antwort ziemlich unge-

rührt erklärt, ich hätte Unrecht, die Mauer liege in Israel. Er bezieht sich dabei offenbar auf die völkerrechtswidrige Annexion Ost-Jerusalems. Fakt ist, dass Beit Jala von ursprünglich 14.000 Dunam Land jetzt nur noch etwa 4.000 Dunam (1 Dunam = 1000 qm) besitzt. Diese Mauer trennt Beit Jala von seinem Cremisan-Tal - einem der schönsten Täler Palästinas. 58 christliche Familien können dadurch ihr Land nicht mehr bestellen. Der Staat Israel - nicht etwa illegale Siedler - hat ihnen das Land geraubt. Das ist einfach Unrecht.

WELCHE ERFAHRUNGEN HABEN SIE IM ZUSAMMENHANG MIT IHREM PROTEST GEGEN DEN MAUERBAU IN CREMISAN MIT POLITIKERN GESAMMELT?

Ich habe an Ministerpräsident Netanjahu geschrieben, von dem ich natürlich keine Antwort erhalten habe. Ich habe an Martin Schulz, Frau Merkel, Herrn Gabriel, Herrn Steinmeier und auch an die Fraktionen geschrieben, die eher verhalten reagiert haben. Das Mutigste kam noch von Martin Schulz. Die anderen haben mir erklärt, dass man die Situation dort für schwierig ansieht, dass man jede diplomatische Gelegenheit nutzt, um solche Themen anzusprechen. Darüber erfährt jedoch die Öffentlichkeit nichts. Man hat mir mitgeteilt, dass man sich weiterhin aktiv für eine Zwei-staatenlösung einsetzt. Doch diese ist durch das Wegschauen und die Inkonsistenz Deutschlands und Europas inzwischen noch unwahrscheinlicher geworden. Wir schauen stattdessen zu, dass ständig weitere Fakten geschaffen werden, die in eine andere Richtung gehen.

WIE HILFLOS SIND DEUTSCHE POLITIKER, WENN ES UM EINEN STOPP DES SIEDLUNGS- UND MAUERBAUS, UM EIN ENDE DER BESATZUNG GEHT?

Wir befinden uns in einer gewissen Haftsituation. Wir werden verhaftet auf den Holocaust und auf die „besondere deutsche Verantwortung für Israel“. Zu der stehe ich auch, aber ich schließe daraus nicht, dass ich Menschenrechtsverletzungen nicht ansprechen kann. Das Unrecht wirkt auf Israel zurück. Man merkt ja, dass es dort keinen Frieden gibt, dass Gewalt von beiden Seiten das Zusammenleben stark prägt. Insofern gibt es keinen Weg zum Frieden. „Der Friede ist der Weg“ wie Mahatma Gandhi es einmal gesagt hat. Insofern bin ich dezidiert der Meinung, dass man sich in dieser Frage immer stärker engagieren muss, dass man auch Einfluss auf die deutsche Politik nehmen muss, um sie aus dieser Verhaftung zu befreien.

WO SEHEN SIE EINEN ANSATZPUNKT?

Ich mach das mal am Beispiel der Waffenlieferungen fest. Wir liefern ja für viele Milliarden Waffen nach Israel, allein die sechs atomar bestückbaren U-Boote haben ein Volumen von mehreren Milliarden Euro. Was kaum zur Kenntnis genommen wird ist die Tatsache, dass wir mit Mitteln des

Steuerzahlers jedes U-Boot mit 200 Millionen unterstützen. Der Bund der Steuerzahler regt sich ja schon auf, wenn bei irgendeiner Turnhalle bessere Türklinken als notwendig eingebaut worden sind. Ich habe nichts dagegen, dass wir Israel bei seiner Verteidigung unterstützen, aber was ich nicht verstehe ist, dass die Bundesregierung an ihre Unterstützung nicht Bedingungen knüpft, z.B. Stopp des Siedlungsbaus und Rückbau. Das ist der eigentliche Skandal, dass wir uns auf der Nase herumtanzen lassen, dass wir liefern und dass wir nicht auch die Durchsetzung des Völkerrechts verlangen.

GERADE EBEN WIRD ÜBER WEITERE DREI U-BOOTE VERHANDELT, DIE WIEDER DER STEUERZAHLER MITFINANZIEREN SOLL, IM SOMMER HATTE DAS VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM HERON-DROHNEN IN ISRAEL GEKAUFT. DIE MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT LÄUFT AUF HOCHTOUREN.

Ich hätte Lust, bei solchen Machenschaften mal den Klageweg zu beschreiten, zu sagen, ich weigere mich als Steuerzahler, meinen Beitrag dafür zu leisten und würde mich aufs Völkerrecht berufen. Wenn das viele Menschen machen würden, hätte das vielleicht einen Effekt.

ALS PRÄSIDIUMSMITGLIED IM STÄDTETAG SETZEN SIE SICH FÜR MEHR STÄDTE-PARTNERSCHAFTEN MIT PALÄSTINA EIN. IST DAS EIN WEG, WIE DIE BESATZUNG BEENDET WERDEN KANN?

Das kann man so sicher nicht sagen. Es ist auf alle Fälle ein guter Weg, um Menschen miteinander in Kontakt zu bringen und um Kommunen zu unterstützen. Es gab letztes Jahr übrigens in Jena eine Städtekonferenz zu deutsch-palästinensischen Partnerschaften. Ich setze mich sehr für trilaterale Partnerschaften ein, obwohl die im Augenblick sehr schwer sind. Es ist eigentlich unglaublich, dass ein Land, die „modernste Demokratie im Nahen Osten“, 50 Jahre lang eine Region besetzt, die ihr nicht gehört und Landraub in großem Stil durchführt. Wie passt das zusammen? Man will mit allen Mitteln das ganze Land haben. Das geht zu Lasten der Menschen, die dort seit Jahrtausenden leben. Wenn ich die Besatzungspolitik Israels kritisiere, dann deshalb, weil ich mir Sorgen um die Zukunft Israels mache. Man wird so Frieden nicht schaffen, Frieden ist dort, wo Gerechtigkeit einzieht. Dauernder Unfriede gefährdet die Existenz Israels. Fachleute wissen das.

WELCHE IDEEN HABEN SIE, WAS WIR HIER TUN KÖNNEN, DAMIT DIE BESATZUNG BEENDET WIRD?

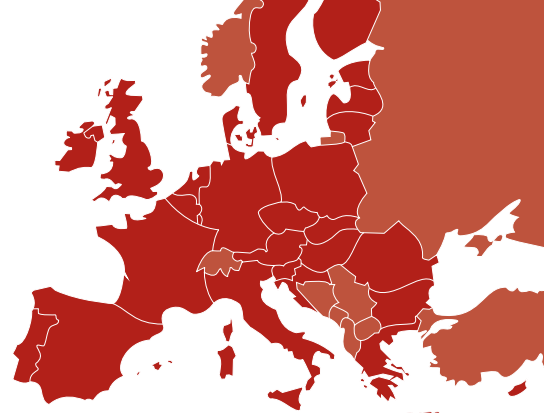
Ich sehe zwei Möglichkeiten, ich kaufe tatsächlich keine Produkte aus den israelischen Siedlungen, weil ich mir sage, dass da Völkerrecht gebrochen



FOTO // TINO ZIPPEL

wird. Ich würde nicht israelische Produkte insgesamt boykottieren, aber Siedlerprodukte. Das habe ich auch bei der Kampagne von pax christi gesagt, die ich unterstütze. Die andere Notwendigkeit ist, dass jeder an der Stelle, wo er steht, versucht, Einfluss zu nehmen, durch Wahlverhalten, durch Briefe, dass sich die deutsche Politik so ändert, dass eine Zweistaatenlösung ohne Besatzung möglich wird.

Vielen Dank, Herr Schröter!



Deutsche und EU-Nahostpolitik

RESSOURCEN GEHÖREN PALÄSTINA

Die EU-Länder einschließlich der Bundesregierung haben im Dezember 2015 einer UN-Resolution zugestimmt, die dem besetzten Palästina und Golan die Souveränität über die eigenen Ressourcen zusichert. Das umfasst alle natürlichen Ressourcen, einschließlich Land-, Wasser- und Energie-Ressourcen. Die Resolution erkennt das Recht des palästinensischen Volkes an, eine Entschädigung für jede Ausbeutung, Beschädigung, Verlust oder Abbau oder Gefährdung ihrer natürlichen Ressourcen zu bekommen, die aus illegalen Maßnahmen herrührt, die Israel, die Besatzungsmacht, und die israelischen Siedler im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ostjerusalems, durchgeführt haben. Die Besatzungsmacht wird aufgefordert, sämtliche Aktionen zu unterbinden, auch solche, die israelische Siedler verüben, die die Umwelt schädigen, einschließlich der Entsorgung aller Arten von Abfallmaterialien; keine lebenswichtige Infrastruktur zu zerstören, darunter Wasserleitungen, Abwasser- und Elektrizitätsnetze; sämtliche Hindernisse, die der Durchführung wichtiger Umweltprojekte, einschließlich der Abwasserentsorgungsanlagen im Gazastreifen und des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Wasserinfrastruktur, darunter auch das Projekt für die Entsalzungsanlage für den Gazastreifen, im Wege stehen, zu beseitigen; die nicht explodierten Sprengmaterialien im Gazastreifen sofort zu entschärfen.

<http://nahost-forum-bremen.de/?p=2661>

BUNDESWEHR KAUFT ISRAELISCHE DROHNEN

Die Bundeswehr kauft „Heron TP“-Kampfdrohnen in Israel. Sie sollen in Israel stationiert werden. Wie sie bewaffnet werden, ist geheim. Die neuen Maschinen werden allerdings nicht auf den Stützpunkten der deutschen Luftwaffe in der Bundesrepublik, sondern in Israel stehen. Diese gerüchteweise schon länger vermutete Absicht bestätigte das Verteidigungsministerium nun in der Antwort auf eine Anfrage der Linksfaktion. Wie die Tagesschau vom 21. August berichtet, seien die Informationen zur Bewaffnung von israelischer Seite ohne Ausnahme als ‚GEHEIM‘ eingestuft. Jegliche Weitergabe kann demnach offenbar nur vom Staat Israel genehmigt werden. „Das werden wir keinesfalls hinnehmen“, zitiert die Tagesschau den Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko von der Linkspartei. Er hatte

die Anfrage an das Ministerium gestellt. Auch die Stationierung in Israel kritisiert Hunko: „Das erschwert die parlamentarische Kontrolle erheblich“, sagt er.

Betrieben werden sollen die Drohnen sowohl in Israel als auch in möglichen Einsätzen der Bundeswehr durch eine Tochter des Airbus-Konzerns. Airbus wird durch den Betrieb der israelischen Drohnen wertvolles Fachwissen sammeln, das dann bei der bereits beschlossenen Entwicklung einer europäischen Drohne Verwendung finden könnte. Frankreich und Großbritannien haben sich jedoch für ein amerikanisches Drohnen-Modell entschieden.

Anfang 2017 sollen die Verträge mit den Israelis und Airbus unterzeichnet werden – „nach einer parlamentarischen Befassung“, wie das Ministerium mitteilt. Die ersten beiden Maschinen sollen Anfang 2019 geliefert werden, dann alle drei Monate eine weitere. Eine Bewaffnung der „Heron TP“ soll laut Ministerium 27 Monate nach Vertragsunterzeichnung, also im Frühjahr 2019, möglich sein.



Heron-Drohne (altes Modell)

DEUTSCHE STEUERZAHLER BEZAHLEN NEUE U-BOOTE MIT

Israel will drei alte U-Boote durch neue ersetzen. Bei den neuen Verhandlungen mit Deutschland, die Israels Marine anstrebt, geht es um die Ersetzung der drei ältesten Modelle der israelischen U-Boote durch neue Exemplare der Dolphin-Reihe. Die neuen Boote könnten frühestens in zehn Jahren von Israel in Dienst genommen werden, berichtet die Schweizer Zeitschrift Tacheles. Aufgrund der «besonderen Verantwortung» Deutschlands Israel gegenüber dürfe Berlin, genauer gesagt die Steuerzahlenden, wie schon 2012, ein Drittel der Erstellungskosten der neuen U-Boote übernehmen. Deren Preis wird auf 1,2 Milliarden Euro geschätzt. Sie werden wieder bei der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel

gebaut. Israels U-Boote sind in der Lage, Cruise-Raketen mit einer Reichweite von tausenden von Kilometern zu tragen, und sollen auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden können.

AUSWÄRTIGES AMT KRITISIERT SIEDLUNGSBAU

Zu den israelischen Plänen, nahe der Siedlung Shilo im Westjordanland eine weitere Siedlung zu errichten, hat das Auswärtige Amt am 5. Oktober erklärt, der Standpunkt der Bundesregierung sei unverändert: Der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten verstößt gegen das Völkerrecht. Siedlungen gefährden die Grundlagen der Zwei-Staaten-Lösung. Dies habe auch der Bericht des Nahost-Quartetts vom Juli diesen Jahres festgestellt. Nur wenn das allseitige Bekenntnis zu einer Zwei-Staaten-Lösung rasch durch konkrete Maßnahmen untermauert wird und Israel seine Politik ändert, um palästinensische Entwicklung zu ermöglichen, kann es gelingen, Vertrauen zu schaffen und die Möglichkeit eines Friedensprozesses zu erhalten.

EUGH WILL HAMAS VON EU-TERRORLISTE STREICHEN

Seit einigen Jahren läuft vor dem Europäischen Gerichtshof ein Verfahren über die Einstufung der palästinensischen Organisation Hamas als terroristische Vereinigung. Die Schlussanträge der britischen Generalanwältin Eleanor Sharpston vom 22. September 2016 deuten nun darauf hin, dass die Hamas mit ihrer Klage Erfolg haben könnte und von der EU-Liste terroristischer Vereinigungen gestrichen werden müsste. Der Europäische Gerichtshof hatte bereits in erster Instanz am 17.12.2014 geurteilt, dass die Hamas von der EU-Liste, Personen und Körperschaften zu streichen sei. Jene Liste terroristischer Vereinigungen hatte der Rat der Europäischen Union Ende Dezember 2001 als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 durch eine Verordnung erlassen. Diese Verordnung macht es möglich, die Gelder und sonstigen Vermögenswerte der sich auf der Liste befindlichen Vereinigungen oder Personen einzufrieren und so ihre Finanzaktivitäten zu verhindern. Andere Länder hingegen wie Norwegen oder die Schweiz unterhalten aus Neutralitätsbestrebungen heraus traditionellerweise diplomatische Kontakte zur Hamas, um als Vermittler mit allen Konfliktparteien sprechen zu können.

Aus der Sicht von Sharpstons kann die Hamas, die zwischen 2014 und 2015 mit der Fatah eine

Einheitsregierung in der Palästinensischen Autonomiebehörde führte, aus mehreren verfahrensrechtlichen Gründen nicht mehr in der EU-Liste terroristischer Vereinigungen geführt werden. Als eine ihrer Kernaussagen hält die Generalanwältin fest, dass sich der Rat bei seiner Entscheidung, ob eine terroristische Vereinigung auf der EU-Terrorliste verbleibt, nicht auf Tatsachen oder Beweise stützen dürfe, die in Presseartikeln oder im Internet zu finden seien.

EU ANERKENNT DAS RECHT AUF BDS

■ Auf die Frage der EU-Parlamentarierin Martina Anderson, ob die EU-Kommission das Recht von BDS-AktivistInnen auf das Ausüben der demokratischen Meinungsfreiheit zu schützen gedenkt, hat die Hohe Vertreterin Federica Mogherini geantwortet: „**Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller EU-Mitgliedsstaaten gilt, einschließlich der in diesem Gebiet durchgeführten BDS-Aktivitäten.**“

Mogherini bestätigt zudem, dass die Meinungsfreiheit laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auch für Informationen und Ideen anwendbar ist, „**die den Staat oder irgendeinen Teil der Bevölkerung verletzen, schockieren oder beunruhigen.**“

Nachdem es Israel weder gelang, das Anwachsen der weltweiten Unterstützung für die BDS-Bewegung aufzuhalten noch deren Erfolge zu verhindern, hat Israel eine beispiellose antidemokratische Kampagne gestartet mit dem Ziel, jeglichen Einsatz für die palästinensischen Rechte zu unterbinden und BDS zu ächten.

Zu den Angriffen auf die BDS-Bewegung gehört auch, dass Israel Regierungen, Gesetzgeber und Behörden unter Druck setzt, repressive Maßnahmen zur Bekämpfung von BDS-Aktivitäten zu ergreifen, was eine Gefahr für die bürgerlichen und politischen Freiheiten darstellt. VertreterInnen der schwedischen, irischen und niederländischen Regierungen haben bereits öffentlich das Recht darauf verteidigt, sich durch BDS für die Rechte der PalästinenserInnen einzusetzen.



Protest von BDS-AktivistIn in Berlin

FREIHEIT FÜR SALAH AL KHAWAJA

Der prominente palästinensische Menschenrechtsverteidiger Salah Al Khawaja ist verhaftet worden. Die israelische Armee ist am 26. Oktober um 2 Uhr früh in seine Wohnung im A-Gebiet Ramallah eingedrungen, hat sie gewaltsam durchsucht und Computer und Telefone der Familie konfisziert. In Missachtung des Gesetzes, ohne über die Anschuldigungen gegen ihn informiert zu werden, wurde er festgenommen. Al Khawajas Frau und seine Töchter sind traumatisiert. Al Khawaja wurde einen Tag lang von der Außenwelt abgeschnitten. Als ihn sein Anwalt schließlich besuchen durfte, war dieser schockiert über den gesundheitlichen Zustand des Gefangenen, berichtet Stop the Wall.

Al Khawaja ist 45 Jahre alt, in N'lin geboren und hat sein Leben der Verteidigung der palästinensischen Menschenrechte gewidmet. Dies hat bereits mehrfach zu seiner Inhaftierung geführt. Seit dem Oslo-Prozess hat Salah al Khawaja seine Bemühungen auf die Entwicklung der Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft und auf Praktiken des gewaltfreien Kampfes gerichtet. Er arbeitet zzt. an seiner Masterarbeit über den gewaltfreien Kampf an der Universität Beirut. Al Khawaja ist Mitglied des Stop the Wall Koordinierungskomitees und einer der Führer des Palestine National Initiative (Mudbadara). Als eine hoch sichtbare Figur im Kampf gegen die illegale Mauer Israels und das Siedlungsprojekt hat Al Khawaja nie versucht, seine Projekte zu verbergen oder zu verschleiern.

Seine Festnahme und Inhaftierung folgen dem Muster der israelischen Praktiken, unter anderem gegenüber Menschenrechtsverteidigern und gewaltfreien Aktivisten. Es ist eine verbreitete israelische Praxis, Palästinenser ohne Anschuldigung zu befragen, sie außerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete festzuhalten und Rechtsanwälte daran zu hindern, ihre Klienten zu besuchen. Diese Praktiken sind ein Vergehen gegen das internationale Menschenrechtsgesetz (USHR art. 9, ICCPR Art. 15, 16, 18), gegen das internationale Menschenrecht (IV. Genfer Konvention Sek. III) und gegen die Europäische Charta der Menschenrechte, die willkürliche Festnahme, illegitime Vorenthaltung der Freiheit, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Zerstörung von Eigentum verbietet. Willkürliche Festnahme ist verboten, wenn sie sich von einer Besatzungsmacht gegen Zivilisten der besetzten Gebiete ausgeübt wird, ohne dass ein gewaltsa-



mer Angriff gegen die Besatzungsmacht vorliegt. Khawajas Festsetzung außerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete, im Petah Tikwa Verhörzentrum, ist ein direkter Bruch des Artikel 76 der 4. Genfer Konvention, welche besagt, dass eine Besatzungsmacht Bewohner des besetzten Gebietes nicht in Gefängnissen außerhalb des besetzten Gebiets festsetzen darf. Die Bedingungen in israelischen Gefängnissen sind wiederholt als Bruch der Menschenrechte über den Einsatz von Misshandlung und Folter angeprangert worden. Israel hat seit 2001 beinahe 1000 Anklagen wegen Folter erhalten, ohne dass eine kriminelle Untersuchung eröffnet wurde. Die Festnahme Al Khawajas muss im breiteren Kontext der andauenden und zunehmenden israelischen Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern und Aktivisten gesehen werden, die, wie Al Khawaja, Erfolg hatten bei ihrer Lobbyarbeit im Inland und Ausland gegen die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, gegen die Weiterführung von Landkonfiszierung durch Israel und gegen die illegale Konstruktion der Annexionsmauer. Durch die Festnahmen versucht Israel, die palästinensische Zivilgesellschaft zu schwächen und ihren Einfluss auf politische Entscheidungen auf nationalem und internationalem Niveau zu schwächen. Die kürzlich stattgefundene Zunahme illegaler Praktiken gegen Menschenrechtsverteidiger, darunter Belästigung und Misshandlung, Drohungen, Festnahmen und andere Formen der Bewegungseinschränkung sind durch jüngste Berichte des UN Special Rapporteur über die Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten sowie die Schlussbemerkungen des UN-Komitees gegen die Folter deutlich gemacht worden. Stop the Wall bittet um Unterstützung: „**Bitte helfen Sie uns, sprechen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten und Ihre Regierung an!**“

ÜBERSETZUNG:
ANKA SCHNEIDER

Weltweite Solidarität

Unfrieden bei anhaltender Besatzung ohne Gerechtigkeit

Reise-Eindrücke im September 2016

Manchmal ist die Mauer gar nicht zu sehen, vor allem dann nicht, wenn sie grün bemalt ist und die davor angepflanzten Bäume gut wachsen. Die Erdaufschüttung auf der israelischen Seite tut ein Übriges: manchmal verschwindet die Mauer nahezu aus dem Blickfeld. Die Mauer des Nichtsehens, des Nichtwissens. Sie verbirgt Menschen voreinander und Lebensverhältnisse und dient der emotionalen Gewissheit, in einem guten Land zu leben.

Zochrot in Tel Aviv kämpft gegen das Unsichtbarmachen der zerstörten palästinensischen Dörfer, die jetzt auch mit der Nakba-App gefunden werden können. Die Organisation steht wie andere auf der Zielliste des israelischen NGO-Gesetzes, dem sogenannten Transparency Law, das zur Diskriminierung aller kritischen Institutionen führen soll, die mit Mitteln aus dem Ausland unterstützt werden.

In Ostjerusalem ist das Paulushaus gegenüber vom Damaskustor eine Oase der Ruhe. Ein Nachtgang, vorbei an den Soldaten durch das Tor. Leere Gassen, kaum Menschen unterwegs. Aber diese



Damaskustor

sind umso dankbarer über einen Kontakt: „Es ist gut, dass Ihr zu uns kommt. Wir haben hier doch keine Zukunft und es wird immer schlimmer. Wir brauchen auch Eure Hilfe, lasst alle wissen, was hier geschieht“. Gleich am nächsten Tag erleben wir eine Kollektivstrafe. Nach einem Messerangriff am Damaskustor müssen die Läden rund um das Paulushaus und in der Nablus Road schließen.

Vielleicht war ja Folgendes eine Übung oder der Versuch, die Langweile zu vertreiben: In Jeru-

salem greifen vier Soldaten vor dem Österreichischen Hospiz in der Nachmittagssonne vier Palästinenser ohne jeglichen Anlass. Die Soldatin schaut zu. Jeweils drei Palästinenser werden in Schach gehalten, einer wird mit dem Gesicht an die Mauer gedrückt, abgetastet, ein Arm wird ihm auf dem Rücken verdreht, dann wird der Hosengürtel abgezogen, die Hose geöffnet und vorne hineingegriffen. Das einzig Tröstliche ist der wortreiche Protest der Betroffenen und der Umstehenden.

Fast überall sind mehr Männer als Frauen und in der Regel fast nur Jungen auf der Straße. Aber in Qalqilya treffe ich Rima an der Mauer, dem wahrscheinlichsten Treffpunkt in der Stadt, die zu 7/8 von Mauern umgeben ist. Wie viele ihrer Gleichaltrigen in Israel wissen, wo Palästina liegt? Rima weiß jedenfalls, wo es aufhört. Das ist nicht zu übersehen. Ihr sind jeden Tag Grenzen gesetzt. Ein Blick aus dem Fenster reicht. Ihren Nachbarn hat die Besatzungsmacht untersagt, Obergeschoss und Dach ihres Hauses zu betreten.

Qalqilya, von hier aus sind es ungefähr zwölf Kilometer bis zum Strand von Jaffa und Tel Aviv, aber das Meer bleibt unerreichbar, denn den Einwohnern ist die Fahrt dorthin nicht gestattet. Vom Schwimmen träumen und Wasser sparen im Alltag. Nur von hier sichtbar, die Skyline von Tel Aviv. Nicht gehen können, nicht schwimmen können, nicht fliegen dürfen – schon gar nicht vom Ben-Gurion-Flughafen. Es ist ja schon schwer genug, regelmäßig die eigenen Äcker zu erreichen. Wir stehen an einem Checkpoint. 2 x 45 Minuten Öffnungszeit pro Tag, aber nur, wenn die Soldaten kommen.

Qalqilya, Rima und unsere Begleiterin bleiben mir unvergessen am Strand von Jaffa und Tel Aviv. Hier glitzert die Sonne im Meer. Die Sonne wärmt und Gil (chief bay watch maintenance) in seinem Container bietet seine erste Hilfe an. Ob Gil am Rettungsversuch von Hasan Hourani beteiligt war, dem Dorit Rabinyan einen Teil ihres Lebens und ein Buch gewidmet hat?

Im Parents Circle erfahren wir, wie der Wagen einer palästinensischen Familie in Betlehem auf dem Heimweg von Kugeln des israelischen Geheimdienstes durchsiebt wurde. Eine Tochter starb, ihre Schwester und die Eltern überlebten.

Sie hatten das Pech, dass ihr Auto dem Wagen eines Hamas-Mitgliedes glich. Ein Versehen: zur falschen Zeit am falschen Ort. Es gab keine Entschuldigung hinterher. Auch der Israeli Rami weint, als sein palästinensischer „Bruder“ das erzählt. Er selber erzählt vom Tod seiner Tochter bei einem Bombenattentat in Jerusalem und der Weigerung seiner Familie, deren Tod für einen Staatsakt zu missbrauchen. Rami befindet sich mit uns in der Zone A im besetzten Palästina. Diesen Gesetzesbruch begehe er immer wieder, „gerne“, wie er betont, seit er so viele palästinensische Freunde hat.



An der Mauer

So sind wir bei Mut und Sumud, das heißt Standfestigkeit und Durchhaltevermögen. Der Name für das Sumud Story House des Arab Education Institutes unweit des Checkpoints 300 und des Flüchtlingscamps Aida. Wir erfahren Zuwendung, werden gestärkt, informiert und gepflegt und unterstützen das wöchentliche Gebet an der Mauer sowie das Anbringen von zwei neuen Motivtafeln im Wall Museum, die sich auf die Pax Christi Friedenspilgerfahrt vor einem Jahr beziehen. Unterstützung durch internationale Präsenz. Wichtig, wie unsere Gastgeber sagen.

Es spielt keine Rolle, ob wir in der Stadt oder auf dem Land sind. Daoud Nassar und seine Familie

in Nahalin bei Bethlehem: seit dem letzten Besuch hat sich die Situation verschlechtert. Das Militär hat hunderte Obst- und Olivenbäume vernichtet, weil sie sich angeblich auf Staatsland befinden. Über 20 Jahre gerichtliche Auseinandersetzungen hat er bis jetzt, bis in die höchste Instanz und von dort wurde das Verfahren gerade wieder an das Militärgericht zurückgegeben. Kostenaufwand über 100 000 \$, wenige Tage nach unserem Besuch wird einmal wieder ein Gerichtstermin sein. Der Staat Israel hat zurzeit gerade 20 verschiedene Abrissbefehle verfügt. Auch das Tent of Nations braucht den Schutz durch ständige internationale Präsenz; Freiwillige und Besucher. Israel handelt hier nach dem Motto „Wir weigern uns, Freunde zu sein“.

An anderer Stelle gelingt ein Besuch in der Pflück- und Bündelstation eines Siedler-Betriebes für Kräuter. An der Außenwand: hier lässt Carmel produzieren, angeblich Produkte aus Israel. Illegal etikettiert, auf illegal besetztem Land und auch nicht, um Arbeitsplätze für Palästinenser zu schaffen. Hier arbeiten Männer aus Thailand, denn diese sind – wenigstens zurzeit – billiger als Palästinenser.

Und der YMCA betreut traumatisierte Kinder und Jugendliche nach Administrativhaft, Erschießungen oder Hauszerstörungen und Misshandlungen. Traumatisierungen können nicht behandelt werden unter anhaltender Traumatisierung und Besatzung. Es geht ums Überleben, auch der Behandler. Und sie machen weiter. Durch unsere Gastfamilie erleben wir eine Hochzeit und einem ersten Geburtstag in Bethlehem. Beides ausgelassene Feste. Darf das sein oder muss das geradezu sein, um Traurigkeit und der Hoffnungslosigkeit Lebensfreude entgegenzusetzen?

Mahmoud verkauft Petersilie und Pfefferminze auf dem Markt, in Betlehem. Weiß Gott oder Allah oder Jahwe warum, wir reden. Die Vorstellung, dass Mahmoud noch mehr verkaufen könnte: bakdunis wa nana wa salaam, also auch noch Frieden. Er lacht, wenn das ginge, es wäre ein Verkaufserfolg. Er kann genauso herzlich lachen wie Gil am Meer.

Auf der Dachterrasse des Paulushauses gelingt der Blick über die Altstadt Jerusalems, den Felsendom und die Gegend bis hin zum Ölberg. Am letzten Tag im September auf der Rückfahrt zum Flughafen, gesperrte Straßen, immer wieder gesperrter Luftraum. Die Beisetzung von Shimon Peres auf dem Herzberg ist der Grund. Er hatte die erste Siedlung genehmigt. Nur eine Woche nach der Rückkehr sagt Hagai El-Ad von B'Tselem im UN-Sicherheitsrat am 6. Oktober: **„Wir können nicht so weitermachen“**. Stimmt. **„Ich habe vor dem UN-Sicherheitsrat gegen die Besatzung gesprochen, weil ich ein Mensch sein will.“** Ich stimme ihm zu.

DR. EVA RENATE MARX-MOLLIÈRE

International

KEINE KRIMINALISIERUNG DER BDS-BEWEGUNG

[] Alarmiert über die die fortwährenden Versuche einiger europäischer Regierungen, den politischen Aktivismus gegen die israelischen Völkerrechtsverletzungen zu kriminalisieren, haben europäische Organisationen und BürgerInnen eine Petition an den Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker gerichtet. Die EU soll Leitlinien für Menschenrechte einführen, in denen das Recht auf Redefreiheit und das Recht auf Boykott garantiert werden. Die EU müsse ihre rechtliche Verantwortung wahrnehmen, einschließlich der Verteidigung von Individuen, Gruppen und Institutionen der BDS-Bewegung gegen unrechtmäßige Angriffe. „Der israelische Geheimdienstminister Yisrael Katz sagte auf der größten israelischen Konferenz gegen BDS, die am 28. März in Jerusalem stattfand, dass Israel mit Hilfe des israelischen Geheimdienstes mit „gezielten zivilen Eliminierungen“ gegen BDS-„Führer“ vorgehen sollte. Wir möchten unsere Empörung über derartige Hetze und Angriffe auf Bürgerrechte zum Ausdruck bringen. Wir bitten um Ihre Hilfe, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung der europäischen BürgerInnen zu bewahren, die das palästinensische Volk und/oder andere Völker weltweit bei der Verteidigung ihrer Grundrechte unterstützen.“

Darüber hinaus möchten wir daran erinnern, dass das schwedische Außenministerium grundlegende demokratische Prinzipien bekräftigte, als es erklärte, BDS sei „eine Bewegung der Zivilgesellschaft“ und Regierungen sollten „sich nicht in Auffassungen zivilgesellschaftlicher Organisation einmischen“. Der UN-Zivillpakt (ICCPR) bekräftigt das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung.“

<http://www.eccpalestine.org/>

WELTKIRCHENRAT UND US-KIRCHENRAT ZU 50 JAHRE BESATZUNG

[] Der Weltkirchenrat und der US-Kirchenrat haben zum 50. Jahrestag der Besatzung erklärt: „Eine ganze Bevölkerung unter einer Besatzung und sogar im geschlossenen Bereich von Gaza, wie in einem Gefängnis zu halten, ist eine schlimme und unhaltbare Situation.“ Außerdem zeigen sich die Kirchen „tief betroffen“ von israelischen Gesetzen und anderen Maßnahmen, die die Arbeit palästinensischer und israelischer Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen beschränken. Sie berieten besonders über die schwerwiegenden Auswirkungen der Besatzung auf Kinder und Jugendliche und besonders auf die Anwendung der Verwaltungshaft und die unannehmbare Anwendung der Einzelhaft von palästinensischen Kindern.

Von der US-Regierung fordern sie:

- „Hören Sie auf, verschiedene staatliche und nichtstaatliche Truppen im Nahen Osten zu bewaffnen und im Besonderen das 38-Milliarden-Dollar-Militär-Hilfspaket für Israel. Das Letzte was in dieser Zeit gebraucht wird, sind mehr Waffen.“
- Beenden Sie die gegenwärtige Welle von gesetzgebenden Anstrengungen, die Anwendung von gewaltlosen ökonomischen Aktionen zu bestrafen, um die Politik in Israel zu beeinflussen. Kirchen haben solche Strategien während vieler Jahre verwendet, um sowohl inländisch als auch international die Rechte der Menschen zu verbessern und das Anliegen für Gerechtigkeit zu fördern, wie den Montgomery-Busboykott, Apartheid Südafrika und gegenwärtig im Namen der „Koalition der Immokalee Arbeiter“ in den USA.

Religion ist zu oft verwendet worden, um die Besatzung zu rechtfertigen. Zu oft ist Religion von Christen, Juden und Muslimen verwendet worden, um Hass und Gewalttätigkeit zu fördern.

Wir haben gesehen, dass Religion ebenso in unzähligen anderen Umständen missbraucht worden ist. Wir sehen Parallelen zwischen der Krise in Israel und Palästina und den Kämpfen für Rassengerechtigkeit in den Vereinigten Staaten und dem Anti-Apartheidskampf in Südafrika.

Die gegenwärtige Situation in Israel und Palästina erfordert dringende Handlungen. Man kann nicht viele Jahre lang ein ganzes Volk Druck und Gewalttätigkeit unterwerfen und keine gewalttätige Reaktion erwarten. Wir unterstützen keine Gewalttätigkeit, aber wir wissen, dass die Menschen Hoffnung und Vertrauen in die Wirksamkeit gewaltloser Mittel verlieren.“

www.oikoumene.org/en/resources/documents/general-secretary/joint-declarations/statement-by-general-secretaries-rev-dr-olav-fykse-tveit-wcc-and-jim-winkler-nccusa

FRAUENBOOT NACH GAZA GEENTERT

Die Flottilla „Frauenboot nach Gaza“ war der jüngste internationale Versuch, die fast seit einem Jahrzehnt währende Luft-, See- und Landblockade von Gaza zu durchbrechen. Bisherige mit Hilfsgütern (Medikamenten und anderen dringend benötigten Gaben) beladene Boote wurden stets von der israelischen Marine auf höheren Befehl abgefangen – in der Regel in internationalen Zonen, wo ein solcher Zugriff der Gesetzeslage nach absolut illegal ist. Der erste „Piratenstreik“ 2010 auf die Mavi Marmara, die unter türkischer Flagge segelte, führte bei einem Handgemenge zwischen den unbewaffneten Passagieren und der schwer bewaffneten Armee zu neun getöteten Aktivisten – der zehnte starb noch nach vier Jahren im Koma.

Am 27. September 2016 wurde die Gruppe der zehn Aktivistinnen in Barcelona von der Kapitänin Madeleine Habib über alles instruiert, was passieren könnte. Die Kapitänin, eine Ägypterin aus Tasmanien, hatte mit Greenpeace und Ärzte ohne Grenzen zuvor bereits Erfahrungen gesammelt. Eigentlich sollten zwei Boote in Barcelona in See stechen, das zweite „Amal“ (Hoffnung) wies einen Schaden auf – Sabotage nicht ausgeschlossen.

Also fuhren die drei Frauen der Crew mit ihren Fahrgästen auf der Zaytouna (Olive) über Ajaccio und Messina und immer wieder zwischen großen Ferienshippen ihrem Ziel entgegen: internationale Solidarität mit den schwer geprüften Menschen in Gaza. Sprecherin der Gruppe, zu der u.a. drei Parlamentarierinnen, eine Olympiasiegerin, und nicht zuletzt die irische Trägerin des Friedens-Nobelpreises Mairead Maguire, Ikone der Friedensbewegung, gehörten, war Ann Wright, frühere hohe Diplomatin und Offizierin der US-Armee (die nach der US-Invasion in den Irak 2003 abgedankt hatte). Sie war bereits Zeugin und Mitbetroffene des Überfalls auf die Mavi Marmara gewesen und hatte andere Flottilla-Reisen miterlebt. Sie warnte, dass es immer wieder Sabotage gegeben hatte.

„Wir halten es für sehr wahrscheinlich, dass die Israelis wieder versuchen werden, unser Boot zu attackieren, weil sie das in jedem einzelnen Fall getan haben, wenn wir ein Boot aussandten, um die Belagerung zu durchbrechen. Sie haben es angegriffen, sie haben es entführt; sie haben alles an Bord gestohlen; sie haben sich wie Piraten auf hoher See verhalten“, erklärte Claude Léostic von der französischen Organisation „Boot-nach-Gaza“-Organisation dem Nachrichtenportal Electronic Intifada, und sie fügte hinzu: „Wir hoffen, sie (die israelische Marine) werden sich zurückhalten, weil wir lauter Frauen sind.“ ... „Vielleicht ist es nur ein Wunschdenken, aber sie halten so viel

von dem wohlherzogen Eindruck, den sie machen. Und wenn man sieht, wie sie ein Frauenboot angreifen und die Frauen misshandeln, sie vielleicht schlagen, wie sie es mit allen anderen gemacht haben, wird ihr Eindruck katastrophal sein.“

CODEPINK informierte, dass das Boot am 4. Oktober nachmittags gut unterwegs war. Am 5. Oktober, 9.58 osteuropäischer Zeit verloren die Organisatoren an Land den Kontakt zur Zaytouna-Oliva, und die US-Botschaft bestätigte nach Angaben von Haaretz, dass Angehörige der israelischen Marine das Boot (ein seetüchtiges Segelboot mit Motor) mit ihren Schnellbooten eingekreist haben und an Bord gesprungen sind, <http://www.haaretz.com/israel-news/1.745909>, um das Boot mit Gewalt in den israelischen Hafen Ashdod zu schleppen. „Es ist wichtig zu wissen, dass die Entführung in internationalen Gewässern stattgefunden hat. Nicht nur war die Aktion Israels illegal, sie könnte auch Vorbild sein für andere, zivile Schiffe anzugreifen, meint CODEPINK. An Bord der Zaytouna waren keine Hilfsgüter; das war im Vorfeld beschlossen worden, damit Israel nicht als Vorwand für den Angriff angeben könnte, es hätten sich Waffen oder Schmuggelware an Bord befunden. Der Eigentümer der Zaytouna ist Israeli. Die Frauen wurden – wie üblich – an einer Landung in Gaza gehindert und in den israelischen Hafen von Ashdod abgeschleppt, wo man sie verhaftet hat.“

<https://wbw.freedomflotilla.org/sos-womens-boat-to-gaza>

Weil die Frauen bereits im Anblick der auf sie zusteuernden Schnellboote SOS an ihre Regierungen gefunkt hatten, waren sie nach einigen Tagen in Gewahrsam der israelischen Behörde wieder frei. Zum Abschluss ein Zitat der französischen Aktivistin Claude Léostic: „Diese Frauen wissen, dass die Fahrt zu einem gewissen Grad gefährlich werden könnte. Aber ihr Sinn für Gerechtigkeit und ihr menschliches Gewissen sind so stark, dass sie nicht riskieren können, nichts zu tun.“

<https://wbw.freedomflotilla.org/sos-womens-boat-to-gaza>

„Diese Frauen wissen, dass die Fahrt zu einem gewissen Grad gefährlich werden könnte. Aber ihr Sinn für Gerechtigkeit und ihr menschliches Gewissen sind so stark, dass sie nicht riskieren können, nichts zu tun.“

GERHILDE MERZ

PROTEST GEGEN SIEDLER-FUSSBALL

Der Druck auf die FIFA wächst, Israel aus der FIFA auszuschließen, nachdem in israelischen Fußball-Ligen weiterhin Fußballclubs aus völkerrechtswidrigen Siedlungen spielen. Der israelische Fußballverband verstößt mit der Aufnahme von Teams aus den Siedlungen auch klar gegen die Statuten der FIFA. Diese verbieten den Mitgliedern explizit, im Territorium eines anderen Mitglieds ohne dessen Zustimmung zu spielen

oder zu trainieren. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch sowie mehr als 60 EU-Abgeordnete haben gefordert, die Siedler-Clubs auszuschließen.

Die FIFA windet sich um eine Entscheidung herum. Doch in einem anderen Fall hatten die Fußball-Organisationen sofort reagiert: Die UEFA hatte Russland nach Annexion der Krim untersagt, die vormals ukrainischen Klubs nun in der russischen Liga spielen zu lassen.

www.hrw.org/news/2016/09/25/israel/palestine-fifa-sponsoring-games-seized-land-deutschland



Keine Siedler-Clubs im besetzten Palästina

FRIEDENSUHR FÜR MITRI RAHEB

Die Berliner UNESCO-Friedensuhr mit der Inschrift „Zeit sprengt alle Mauern“ wurde Dr. Mitri Raheb, Präsident der Organisation „Diyar“ in Bethlehem von Willi Lemke, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung, überreicht. Nach Persönlichkeiten wie Ronald Reagan, Michael Gorbatschow, Mutter Teresa u.a. ist „Diyar“ für ein Jahr Besitzer dieses Replikats. Danach wird die Auszeichnung an eine Organisation weitergereicht, die sich ebenfalls für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt. www.berliner-friedensuhr.de

SOLIDARITÄT MIT ABDALLA ABU RAHMA

Die Internationale Liga für Menschenrechte, die Jüdische Stimme und andere haben die Bundesregierung aufgefordert, Abu Rahma und seine Familie sowie alle Menschenrechtaktivisten und ihr Recht auf zivilen Widerstand gegen die Besatzung Israels im Westjordanland politisch zu schützen. Der Koordinator des gewaltfreien Widerstands gegen die Besatzung und Besiedlung des Westjordanlands durch Israel, Abdallah Abu Rahma, muss wieder um seine Freiheit sowie um die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit seiner Familie und deren Haus fürchten.

Während seiner Vortragsreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz, in der Nacht des 21. September, nutzte das israelische Militär seine Abwesenheit und überfiel um 2:00 morgens ca. fünf Bil'iner Häuser. Abdalla Abu Rahma musste via YouTube mit ansehen, wie seine Frau und ihre



FOTO // FRAUEN IN SCHWARZ, WIEN

vier Kinder im Alter zwischen vier und 14 von mehreren Soldaten aus dem Schlaf gerissen wurden. Sie mussten die Durchsuchung aller Schränke über sich ergehen lassen und die Beschlagnahmung sämtlicher Festplatten, Laptops und Smartphones.

Das militärische Regime im Westjordanland beeinträchtigt durch ständige Kontrolle und Überwachung nachhaltig das Alltagsleben der zivilen Bevölkerung. Entgegen internationalem Recht erstickt es jede Form des zivilen Widerstands und unterwirft Aktivisten durch Razzien, Gewalt sowie Freiheitsberaubung der Willkür des Militärs. Als international angesehener Sprecher und Organisator vieler Aktivitäten nach dem Bil'iner Modell des gewaltfreien Widerstands, der in der palästinensischen Zivilgesellschaft verankert ist, steht Abu Rahma im Visier der Militärs. Durch mehrere Festnahmen bereits um seine Freiheit gebracht, soll er seines Rechts beraubt werden, Widerstand gegen die Besatzung zu leisten. Der nächtliche Übergriff des Militärs auf die Bil'iner Häuser zeigt, dass es um Einschüchterung der Zivilbevölkerung und Kollektivbestrafung geht.

FOTO // YOUTUBE
Soldaten fahren nach Bi'in mit dem Auftrag Häuser zu durchsuchen.

www.youtube.com/watch?v=G7xlov098U4&feature=youtu.be

Israel

FRAUEN MARSCHIEREN FÜR FRIEDEN

Ein zweiwöchiger „Marsch der Hoffnung“ hat die Organisation Women Wage Peace (Frauen wagen Frieden) organisiert. Er begann in Rosh Hanikra im Norden Israels an der libanesischen Gren-

ze und endete am 19. Oktober vor der Residenz Netanjahus in Jerusalem. 4000 Frauen beteiligten sich an dem Marsch, der auch ein Stück durch die Westbank führte und von berühmten Leuten wie der liberianischen Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee begleitet wurde. Bei der Abschlusskundgebung sprach auch Michal Froman, eine junge Frau, die im Januar dieses Jahres von einem Palästinenser niedergestochen worden war.

Sie sagte: „Ich wählte zu fühlen und dem gesamten Spektrum der Gefühle in mir Raum zu geben – dem Schmerz, dem Ressentiment, aber auch der Vergebung und der Liebe. Tod ist Trennung. Leben ist Begegnung, Leben ist Frieden. Leben wird hier nur möglich sein, wenn wir aufhören, uns gegenseitig zu beschuldigen und aufhören, Opfer zu sein. Wir alle müssen das überwinden und Verantwortung übernehmen und anfangen, für das Leben zu arbeiten.“

<https://womenwagepeace.smarticket.co.il>

„WHITEWASH“ PROTOKOLL

Beschönigungen bei der Untersuchung des Gazakriegs von 2014 wirft die israelische Menschenrechtsorganisation Btselem der israelischen Regierung vor. 1.391 Zivilpersonen im Gazastreifen sind damals getötet worden. Obwohl der Verdacht bestehe, dass es zu Verletzungen des humanitären Völkerrechts kam, seien weder Regierungsverantwortliche noch höhere Militärs zur Rechenschaft gezogen worden, nicht einmal die Politik, bewohnte Häuser zu bombardieren, sei untersucht worden.

www.btselem.org/download/201609_white-wash_protocol_eng.pdf

ISRAEL RETTEN BESATZUNG STOPPEN

In Israel hat sich eine neue Initiative gegen die Besatzung gegründet: Rette Israel – Stopp die Besatzung (Siso). Juden auf der ganzen Welt sind

aufgerufen, zusammen mit israelischen Partnern die Besatzung, die Israelis und Palästinensern schade, zu beenden. Knapp 500 haben den Aufruf für eine Zwei-Staaten-Lösung unterschrieben, darunter 48 Israel- und EMET-Preisträger, hohe Offiziere, Politiker und 160 Hochschulprofessoren. Die bekanntesten sind David Grossman, Amos Oz und Nobelpreisträger Daniel Kahneman.

www.siso.org.il

Österreich

AUSLADUNG VON HEDY EPSTEIN

In Briefen an die Nationalratspräsidentin Doris Bures und weitere Politiker hatte die Initiative „Woman in Black“ gegen die Ausladung von Hedy Epstein durch das österreichische Parlament protestiert. Die in Freiburg geborene Holocaust-Überlebende und Bürgerrechtlerin sollte ursprünglich im Februar 2016 im Parlament über ihre Erfahrung mit den Nürnberger Prozessen berichten. Epstein war Friedens- und Antikriegsaktivistin. 2014 wurde sie verhaftet, weil sie sich mit dem Protest der schwarzen Gemeinde von Ferguson nach der Ermordung Michael Browns solidarisierte. Hedy Epstein, die sich auch für Gerechtigkeit am palästinensischen Volk einsetzte, verstarb im Mai 2016.

<http://www.fraueninschwarz.at/>

SOLIDARITÄT MIT HEBRON

Ihre Solidarität mit den palästinensischen Bewohnern Hebrons haben EinwohnerInnen Wiens in Mahnwachen ausgedrückt. 800 israelische Siedler haben Hebron in eine Geisterstadt verwandelt. Ein Teil der Stadt (inkl. Altstadt, mit Shuhada-Straße), genannt Zone H2, steht unter voller israelischer Militärkontrolle. 42% der palästinensischen Häuser wurden dort enteignet, 77% der Geschäfte wurden zwangsweise geschlossen. Die israelische Armee verbietet seit 1994 Palästinensern, die wichtigste Nord-Süd-Straße zu benutzen (zugleich wichtigste Einkaufsstraße).

<http://www.fraueninschwarz.at/>

Palästina

GAZA-HILFE FÜR ISRAEL?

13 palästinensische Organisationen aus dem Gazastreifen haben dazu aufgerufen, Israel und Unternehmen, die an dessen schweren Völkerrechtsverletzungen beteiligt sind, mit sofortigen wirkungsvollen Maßnahmen einschließlich Boykott, Desinvestition und spürbaren Sanktionen zu belegen. Sie kritisieren den Wiederaufbaumechanismus für Gaza (GRM), die Hauptantwort der internationalen Gemeinschaft auf den Gaza-Krieg 2014. Über diesen Mechanismus würden die internationale Gemeinschaft und vor allem die UNO zu Erfüllungsgehilfen der israelischen Abriegelung; die Hilfe an die PalästinenserInnen wird von israelischer Zustimmung abhängig gemacht. Bis zu 71 Prozent der von internationalen Gebern in Aussicht gestellten Hilfe dürfte der israelischen Wirtschaft zugutekommen. Viele der Baumaterial liefernden Firmen sind auch an der völkerrechtswidrigen Plünderung palästinensischer Rohstoffe und/oder am Bau illegaler Siedlungen beteiligt.

www.bds-info.ch/index.php?id=121&items=219

GEGEN TODESSTRAFE

Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte in Gaza verurteilt die erneute Verhängung der Todesstrafe und setzt seine Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe im besetzten Palästina fort. Am 5. Oktober wurde zum ersten Mal eine Frau in Khan Younis zum Tod verurteilt.

<http://pchrgaza.org/en/?tag=death-penalty>

BNC VERURTEILT GRÜNDUNG EINER ABSCHIEBE-TASK FORCE

Der nationale palästinensische BDS-Ausschuss (BNC), die breiteste Koalition in der palästinensischen Gesellschaft, die die globale Boykott-, Desinvestition- und Sanktionen (BDS)-Bewegung für die Rechte der PalästinenserInnen führt, verurteilt scharf Israels Gründung einer Task Force insbesondere für die Identifizierung internationaler BDS-AktivistInnen und Gruppen, um ihnen die Einreise zu verweigern oder sie aus dem Land abzuschieben.

Die Ankündigung kommt weniger als einen Monat, nachdem fünf US-Menschenrechtsdelegierte auf dem internationalen Flughafen Ben Gurion in Israel festgenommen und schikaniert wurden, bevor sie am 17. Juli abgeschoben wurden. Israel verweigert regelmäßig AusländerInnen aufgrund ihrer politischen Einstellung die Einreise, ohne durch irgendwelche sinnvolle Gegenmaßnahmen von Regierungen weltweit belangt zu werden.

<https://bdsmovement.net/news/palestinian-bds-national-committee-condemns-creation-israeli-taskforce-deport-international>

Spanien

APARTHEID-FREIE STÄDTE

Immer mehr spanische Städte und Gemeinden wollen frei von israelischer Apartheid sein. Sie wollen deshalb nicht mit Firmen zusammenarbeiten, die mit israelischen Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht gegenüber Palästinensern zu tun haben. Knapp 60 Gemeinderäte haben bereits eine solche Erklärung unterschrieben, darunter Cádiz (Andalusien), Santa Eulària auf Ibiza, die Insel Gran Canaria, Córdoba, Sevilla, Santiago de Compostela und Gijón. Rescop, das spanische Solidaritätsnetzwerk gegen die Besatzung in Palästina hatte die Kampagne „Israel Apartheid freie Zonen“ im Jahr 2014 gestartet.

<http://causapalestina.net/>

USA

METHODISTEN DEINVESTIEREN

Nach der United Church of Christ und der Presbyterian Church hat auch die United Methodist Church einen Beschluss gegen Firmen, die von der Besatzung profitieren, gefasst. Ihr Pensionsfonds hat die Banken Hapoalim, Leumi, First International Bank of Israel, Israel Discount Bank und Mizrahi Tefahot Bank aus diesem Grund aufgelistet. Der Pensionsfonds sieht in Israel und in den besetzten Gebieten ein hohes Risiko für langjährige und systematische Menschenrechtsvergehen. Andere Länder auf dieser Liste sind: Saudi Arabien, Zentralafrikanische Republik und Nordkorea. Der Fonds investiert nach eigenen Angaben weiterhin in 18 israelische Firmen.

www.umc.org/news-and-media/israeli-banks-on-ineligible-list-for-pensions-agency

KRITIK AN NEW YORK TIMES

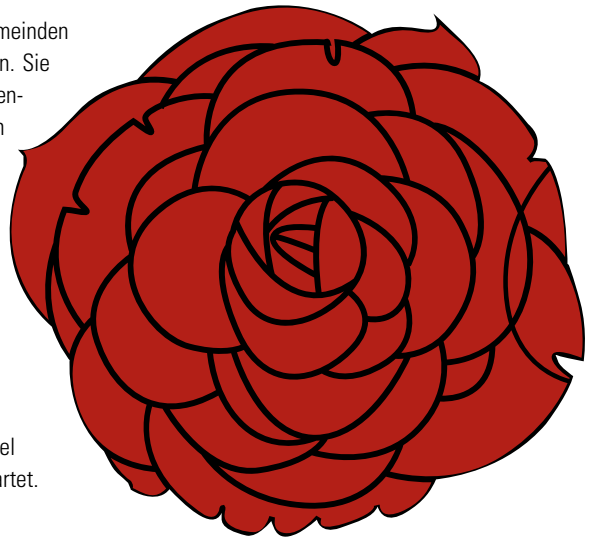
Nachdem die Jewish Voice for Peace mit ihrer Kritik an der Israel-Palästina-Berichterstattung der New York Times nicht weiterkam, hat sie selber eine NYT-Ausgabe verfasst und verteilt. Darin werden palästinensische Opfer mit Namen erwähnt und amerikanische Politiker, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, zitiert.

<http://itsnotthetimes.com/>

GEZIELTER BOYKOTT VON SIEDLUNGEN

Über 70 US-amerikanische Intellektuelle haben zu einem gezielten Boykott von Siedlungen aufgerufen. Siedlungen sollen auch nicht mehr von den US-Steuergeetzen profitieren und Steuerfreiheit erhalten.

www.nybooks.com/articles/2016/11/10/on-the-boycott-of-israeli-settlements

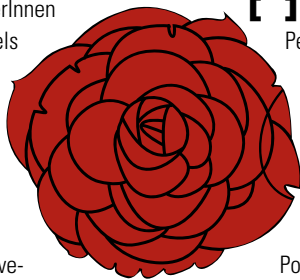


UNTERNEHMEN SOLLEN ZUSAMMENARBEIT MIT SIEDLUNGEN BEENDEN

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch ruft Unternehmen in aller Welt dazu auf, die Zusammenarbeit mit den Siedlungen in der besetzten Westbank zu vermeiden oder zu beenden. Ausländische Firmen, die in Geschäftsbeziehungen zu den Siedlungen stehen, würden „ein von Natur aus rechtswidriges und missbräuchliches System“ stützen, heißt es in einem 162-seitigen Bericht der Organisation. Dieser, unter dem Titel „Occupation, Inc.: How Settlement Businesses Contribute to Israel's Violations of Palestinian Rights“ veröffentlicht, dokumentiert, wie Geschäfte mit den Siedlungen zu deren Wachstum und Erhalt beitragen. Geschäftsbeziehungen mit den Siedlungen unterstützen unweigerlich die Politik Israels, durch die Palästinenser enteignet und massiv diskriminiert werden. [...] Wenn Unternehmen behaupten, dass sie den eingeschlossenen Palästinensern helfen wollten, indem sie ihnen Jobs zu Mindestlöhnen und mit nur geringem Arbeitnehmerschutz anbieten, dann verletzen sie nicht nur deren Menschenrechte, sondern beleidigen sie auch noch.“ www.hrw.org/report/2016/01/19/occupation-inc/how-settlement-businesses-contribute-israels-violations-palestinian

JNF IN SIEDLUNGEN TÄTIG

Auf Druck der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation T'ruah: The Rabbinic Call for Human Rights, hat der in den USA gemeinnützige Jüdische Nationalfonds zum ersten Mal seine Investitionen im Ausland offengelegt. Rund 600.000 Dollar gingen im Jahr 2014 in Siedlungen, was US-Gesetzen widerspricht. Durch den JNF gefördert wurden beispielsweise das Besucherzentrum von Gush Etzion und die Siedlerorganisation Elad, die die Ausgrabungsstätte „City of David“ in Ost-Jerusalem betreibt.



BUCH // BEREICHERND

Welch grelles Blitzlicht schon im Vorwort: Nir Baram spricht davon, dass der Besatzungsapparat die Israelis „zu einer Gesellschaft von Gefängniswärtern gemacht hat.“ Der 1977 geborene Autor, Journalist und Lektor lebt in Tel Aviv. Überdrüssig der formelhaften Debatten mit Landsleuten, die nie in Palästina waren und vom Leben dort keine Ahnung haben. Von Tel Aviv aus unternimmt er ein Jahr lang Reisen in die Westbank. Er erlebt die Besatzung in der Willkür an Kontrollpunkten wie Kalandia, hört Berichte über ständige Übergriffe auf das Flüchtlingslager Balata aus den zwölf Siedlungen nahe Nablus heraus. Er spricht

mit Lagerbewohnern, mit Repräsentanten der Autonomiebehörde und Vertretern politischer Organisationen, führt Diskussionen über die Zukunft des Lebens in Palästina jenseits politischer Dogmen um Ein- oder Zwei-Staatenlösung. Und er spricht von der Notwendigkeit einer moralischen Umwälzung in der israelischen Gesellschaft, vollzogen von allen, die nicht in einem Apartheidstaat leben wollen. Bereichernd.

JÜRGEN SENDLER

Nir Baram: Im Land der Verzweiflung
Ein Israeli reist in die besetzten Gebiete
304 Seiten, Hanser Verlag, 2016, 22,90 €

BUCH // MIT KULTUR WIDERSTEHEN

Ekkehard Drost schreibt über seinen sechsten Besuch in Palästina, in dessen Mittelpunkt die Fahrt mit dem Freedom Bus des Freedom Theaters von Jenin steht. Der Autor war Zeuge eines erneuten Siedleranschlags auf die Familie Dawabshe in Duma, bei der im Jahr zuvor die Eltern Dawabshe und ihr 18-monatiges Baby Ali ermordet wurden. Er beschreibt die Festnahme eines 15-jährigen Jungen durch acht Soldaten in Hebron – an der Stelle, an der wenige Tage zuvor ein am Boden liegender 21-jähriger Palästinenser durch einen israelischen Soldaten exekutiert wurde. Der Le-

ser nimmt Teil an Theateraufführungen des Freedom Theaters in Flüchtlingslagern und in einer Höhle in den South Hebron Hills. Alle Protagonisten, die in diesem Buch zu Wort kommen, wollen, wie dies das Freedom Theatre Jenin seit nunmehr zehn Jahren praktiziert, durch Kunst und Kultur der alltäglichen Gewalt und Intoleranz durch die israelische Besatzung trotzen.

Ekkehard Drost: Freedom Bus 2016.
Kunst und Kultur gegen Intoleranz und Gewalt
230 Seiten, 90 Fotos, 15 € plus Versandkosten,
Bezug: nur über den Autor e1944dorst@gmx.de

FILM // BESATZUNGSGESETZE

Der Film zeichnet ein Bild des Justizsystems, das die israelische Armee (IDF) in der Westbank betreibt. Als bester Dokumentarfilm beim Jerusalem Film Festival 2011 ausgezeichnet, erhielt er auch den World Cinema Grand Jury Prize für Dokumentation beim Sundance Film Festival 2012. Seit Israel die Gebiete der Westbank und des Gazastreifens im Krieg von 1967 erobert hatte, hat das Militär Tausende von Verordnungen und Gesetzen verhängt, Militärgerichte etabliert und ein System der Langzeitgerichtsbarkeit durch eine Besatzungsarmee entwickelt, die in der

Welt einmalig ist. Der Film versucht kritische Fragen zu stellen, denen oft ausgewichen wird oder die einfach nicht gestellt werden. Kann eine solche Besatzung innerhalb eines legalen Rahmens beibehalten werden, unter ernsthafter Einhaltung der Prinzipien von Gesetzesregeln? Sollte sie? Und was sind die Folgen, einen Dokumentarfilm über ein solches System zu drehen? www.thelawfilm.com

Das Recht der Macht (The Law In These Parts)
Regie: Ra'anan Alexandrowicz, Israel, 2011,
1 Std. 41 Min., deutsch

FILM // EINDRÜCKLICHER WIDERSTAND

Der engagierte Dokumentarfilm begleitet den jüdisch-israelischen Aktivist Ben aus Tel Aviv über drei Jahre lang bei seinen gemeinsamen Aktivitäten mit Palästinensern gegen Besatzung und Unterdrückung im Westjordanland. Ben, der erkannt hat, dass „etwas furchtbar schiefläuft und etwas dagegen getan werden muss“, überschreitet die Grenzen seiner Herkunftsgesellschaft. Das Dorf Nabi Saleh und das Engagement Bens stehen im Mittelpunkt. Aussagekräftige Sequenzen bringen die alltägliche Unterdrückung durch die israelische Besatzungsarmee, das Leid der Betroffenen und ihren zähen Widerstand auf den Punkt. Der Film ist ein klarer Appell an die israelische Gesellschaft und die internationale Öffentlichkeit, die Lage zu überdenken und eine gerechte



Friedenslösung anzustreben. Dror Dayan wurde 1981 in West-Jerusalem geboren. Er lebt seit elf Jahren in Deutschland, studierte Filmwissenschaft in Berlin-Babelsberg und schreibt derzeit an seiner Doktorarbeit. „Even though my land is burning“ ist Dayans Debüt als Filmregisseur. Zahlreiche Initiativen zeigten bereits den Film in Anwesenheit des Regisseurs.

HERMANN DIERKES

Even though my land is burning
Regie: Dror Dayan, D 2016, 76 Min.
Englisch/Hebräisch mit deutschen Untertiteln

BUCH // GROSSARTIGER ERZÄHLER

„Ich habe den Titel nicht ausgesucht“, sagt Atef Abu Saif in Stuttgart. Es gehe um Drohnen und ihre immer größere Verbreitung. „Sie sind ständig mit Dir, sie begleiten uns den ganzen Tag.“ Man dürfe auch nicht vergessen, dass Drohnen über ganz Palästina eingesetzt würden, nicht nur über Gaza. Auch über dem Südlibanon, dem Westjordanland und dem Golan. Das Buch von Abu Saif ist aber vor allem ein literarisches Werk, ein Tagebuch über den Gaza-Krieg 2014. Atef Abu Saif ist

ein großartiger Erzähler und ein in der arabischen Welt bekannter Romancier und Professor für Politikwissenschaften an der Al-Azhar-Universität in Gaza. Im 51-tägigen Krieg gegen den Gazastreifen im Sommer 2014 hat er Tag für Tag festgehalten, was um ihn herum geschah und wie er mit seiner Frau den Alltag bewältigte.

Atef Abu Saif: Frühstück mit der Drohne
Hardcover, Unionsverlag Zürich, 2015, 19,95 €
ISBN 978-3-293-00492-4



Brief

einer Palästinenserin
an Euch, die auf der
Seite Palästinas sind

FOTO // RÖM



Deutsche Reisegruppe in Palästina mit PJ-Redaktionsmitglied Jan-Günter Frenzel (Mitte)

Ich wende mich an Euch im Namen von Tausenden Palästinenserinnen und Palästinensern, die es sehr zu schätzen wissen, was Ihr tut – Ihr, die Ihr Euch den Menschenrechten tief verpflichtet fühlt und tatsächlich entsprechend Euren Überzeugungen handelt. Ihr setzt Euer Leben aufs Spiel, um Zeugen zu sein und die Wahrheit über das zu sagen, was Ihr seht.

Ihr seid Menschen, die verstehen, was im Heiligen Land vor sich geht, und die sich entschlossen haben, diesem Thema Zeit, Geld und Energie zu widmen. Ihr führt der Welt vor Augen, dass weder die Religion noch die ethnische Herkunft bedeutsam sind, wenn es darum geht, für die Rechte von Menschen einzustehen. Und jeder Eurer Schritte ist ein Schritt für mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

Ich möchte, dass Ihr wisst: Eure Aktivitäten bewirken Entscheidendes und verändern etwas bezüglich der Gewalt in unserem Land. Palästinenserinnen und Palästinenser erleben viele Formen von Gewalt und Qual, dabei jedoch nicht wahrgenommen zu werden, ist die schlimmste Strafe von allen.

Jene, die sich weigern, uns zu hören und zu sehen, sind genauso übel wie die, die uns besetzt halten. Jene, die solidarisch an unserer Seite stehen, geben damit ein deutliches Sig-

nal der Menschlichkeit und helfen uns, unser Leiden zu überwinden. Mitten in all dem Elend verheißt Ihr uns zu einem Lächeln. Selbst wenn es Euch nicht gelingt, in unser Land zu kommen, heißt Euch dieses Lächeln in unserem Herzen immer willkommen, dem andauernden Krisenzustand zum Trotz.

FOTO // PAUL PRESCOTT



Kaffeekanne und Zuckerdose auf einer Mauer in Bethlehem, Palästina

Eure Solidarität erinnert die Welt daran, dass wir alle zur Familie der Menschen gehören, und dass wir Palästinenserinnen und Palästinenser immer noch zu dieser Familie gehören. Bitte gebt nicht auf. Selbst wenn Eure Boote die Küste Gazas nicht erreichen oder wenn die Flugzeuge Euch nicht mitnehmen, sind die unsichtbaren Wirkungen enorm.

Ich möchte mich bei Euch für alles bedanken, was Ihr für Euren Einsatz auf Euch nehmt. Danke fürs Buchen der Flugtickets, für den Urlaub, den Ihr Euch genommen habt, dafür, dass Ihr Eure Lieben zurücklasst, und für all die kleinen Dinge, die auch noch dazugehören, bin ich Euch zutiefst dankbar.

Bitte bleibt weiterhin an unserer Seite, führt Hand in Hand mit uns unseren gewaltlosen Kampf. Wir müssen unbedingt das Ende der Besatzung erreichen, und dass Ihr dabei seid, ist entscheidend, alleine schaffen wir es nicht.

Ich hoffe, eines schönen Tages, mit Euch zusammen einen Kaffee zu trinken, bei mir zu Hause oder bei Euch, denn an diesem Tag werden wir endlich frei sein.

HEKMAT K. BESSISO,
RAMALLAH,
TRAINERIN FÜR GEWALTFREIHEIT

Poesie!

Lassen Sie die palästinensischen Flüchtlingskinder im Libanon nicht allein!

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Folge der Syrienkrise haben zurzeit etwa 40.000 palästinensische Flüchtlinge aus Syrien in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon Aufnahme gefunden. Sie kommen zu den mehr als 400.000 palästinensischen Flüchtlingen hinzu, die schon seit 1948 im Libanon sind und dort heute unter erbärmlichen Umständen leben müssen. Weit über die Hälfte der zu Maximalzeiten fast 100.000 palästinensischen Flüchtlinge aus Syrien sind deshalb inzwischen nach Europa weitergewandert oder in vermeintlich sichere Gebiete in Syrien zurückgekehrt. Weitgehend ausgeschlossen vom libanesischen Arbeitsmarkt, ohne Zugang zu den libanesischen Schulen und Krankenhäusern, leiden die Palästina-Flüchtlinge unter großem Vertreibungsdruck und sind vollkommen auf die Hilfe der UNRWA und die Fürsorge privater NGOs angewiesen. Schon lange ist die libanesischen Grenze für diese Flüchtlingsgruppe geschlossen. Die meisten der vorher Geflüchteten können sich die jährliche Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis nicht leisten und leben illegal im Land.

Die Partnerorganisation The National Institution of Social Care and Vocational Training, NISCVT des in Pfullingen bei Reutlingen ansässigen Vereins „**Flüchtlingskinder im Libanon e.V.**“, hat deshalb all ihre sozialen, medizini-

schen, Bildungs-, Freizeit- und Patenschaftsprojekte auch für diese Flüchtlinge aus Syrien geöffnet. Seit 40 Jahren in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon tätig, richtet sich ihre Hilfe vor allem an Kinder und Jugendliche. So unterhält NISCVT in sieben seiner Sozialzentren Kindergärten. Dort erhalten die Flüchtlingskinder eine kindgerechte, liebevolle und fördernde Vorschulziehung, so dass sie später in der Schule erfolgreich sein können. 665 Kinder besuchen in diesem Schuljahr die Kindergärten von NISCVT. Darunter sind 66 palästinensische Flüchtlingskinder aus Syrien und fast 100 syrische Flüchtlingskinder aus Syrien. Letztere halten sich vor allem in den Beiruter Flüchtlingslagern auf. Der Verein „**Flüchtlingskinder im Libanon e.V.**“ vermittelt seit vielen Jahren Kindergartenpatenschaften und finanziert seit 2015 gesunde Mahlzeiten für diese Kindergartenkinder. Mit zwei warmen Mahlzeiten und dreimal einem Sandwich in der Woche wirken die Partner im Libanon der Mangel- und Fehlernährung der Jüngsten in den Flüchtlingslagern erfolgreich entgegen.



„Die Kinder genießen diese Mahlzeiten mit großer Freude, und ihren Eltern ist damit ein kleiner Teil ihrer Sorgen genommen“,

berichtet die Vorsitzende des Vereins, Ingrid Rumpf.

Für dieses Projekt braucht es Ihre Unterstützung! Da alle Vereinsmitglieder in Deutschland ehrenamtlich arbeiten, fließt jeder gespendete Euro zu 100% in das Projekt im Libanon. Bitte lassen Sie die palästinensischen Flüchtlingskinder im Libanon nicht allein! Wir bitten Sie um Ihre Spende.

Viele Grüße

INGRID KOSCHORRECK
PJ-REDAKTIONSMITGLIED

**BITTE
UNTERSTÜTZEN
SIE MIT EINER
SPENDE
DIE FLÜCHTLINGS-
KINDER IM
LIBANON**

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Flüchtlingskinder“, Sparda West, BIC: GENODED1SPK, IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10. Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung (ab einem Überweisungsbetrag von 100 €) zusenden können.

[] P.S. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Spenden für die Breakdance Gruppe in Gaza gebeten. Die DPG dankt den Spendern und Spenderinnen ganz herzlich dafür.



PROJEKTHILFE

FOTOS // NISCVT, LIBANON

© **Atelier Gaza**

Seehafen von Gaza, nachdem er von 30 freiwilligen Künstler/innen bemalt wurde



Galerie- und Ausstellungszentrum „Atelier Gaza“ einer Gruppe von bildenden Künstlerinnen, die im Gazastreifen leben: „Um dazu beizutragen, dass die aktuellen Lebensbedingungen unserer Gesellschaft gelindert werden, führen wir ehrenamtlich verschiedene künstlerische Initiativen durch. Gerade wegen der schrecklichen Zustände, die uns seit dem Krieg von 2014 umgeben, möchten wir die Zukunftshoffnungen der Menschen neu beleben, indem wir sie mit den schönen Künsten in Kontakt bringen.“ **Mehr Infos:** www.senderfreiespalaestina.de/atelier_gaza.htm